DIE LINKE. *Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*
Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE

Rundschreiben Nr. 22. – Februar 2018. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 2/2019.
ArGe-Sprecher/innen: V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye. Windmühlenstraße 25, 45147 Essen, Email: w.freye@web.de, Brigitte Wolf, Email: brigitte.wolf@mnet-online.de. Redaktion: Eva Detscher, Email: eva.detscher@web.de.

Inhalt:

„Der Große Krieg und die Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert. Do / Fr.

Teil I (Sozialistische Diskussion)

Einleitungsbeitrag: Kolonialismus – Opposition der SPD und Erster Weltkrieg.Von Andreas Adrians 1

Liste der Texte in den Arbeitsunterlagen. (Kasten) 2

Der „Panthersprung“ als Ausdruck der Verschärfung der Widersprüche zwischen den europäischen Mächten. Von Uli Jäckel 3

Teil II (Nationalismus und Liberalismus)

Max Weber: Nationalismus – die Staatsangehörigkeit wird als Bekenntnis modelliert. Von Martin Fochler 5

Teil III Friedensbewegung

Alfred Hermann Fried: „Friede als Rechtsordnung“. Der Beitrag dieses Friedens-Nobelpreisträgers von 1911 zur Entwicklung des Völkerrechts Von Karl-Helmut Lechner 8

Friedenspolitik, Völkerverständigung und Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen. Öffentliches Seminar mit Gästen. (Sa Nachmittag). Zur Einleitung Eva Detscher 12

Für eine neue Entspannungspolitik. (Beitrag in Erfurt am 5. Januar 2019) Von Dr. Erhard Crome 13

Die EU als ein politisches Projekt ernst nehmen, das auf eine Konfliktlösung ohne militärische Mittel setzt. Von Jürgen Klute (31. Januar 2019) 16

Mitgliederversamlung der Arbeitsgemeinschaft (Sa. Vorm.)

Protokoll 20

1. Begrüßung, Festlegung von Versammlungsleitung und Protokollführung – 2. Bericht von Sprecherin und Sprecher – Aktuelle politische Situation – 3. Vorstellung der derzeit laufenden Projekte der ArGe – 4. Zukunft der Sommer- und Winterschulen – 5. Verschiedenes

Projektberichte:

Wegemarken der Emanzipation. Rolf Gehring, Brüssel 21

Rechte Provokationen, demokratische Antworten. Von Rosemarie Steffens. 22

Duales System der Berufsausbildung. Von Johann Witte . . . 23

Einladung zur Tagung „Emanzipatorische Arbeitspolitik“ 26

Lektüreprojekt: Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner. Andreas Adrians, Eva Detscher, Martin Fochler, Uli Jäckel 27

Zum Stand der **Vorbereitung ArGe Sommerschule 2019** vom 8. bis 10. August 2019 in Erfurt 28

Teil 1: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus – Teil 2: Das christliche Menschenbild und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus – Teil 3: Das politische Leitbild der Emanzipation.

Aus der Einladung:* Donnerstag, 3.1., 14 Uhr, bis Freitag, 4.1., 18 Uhr: Lektüre von Quellentexten zum Thema

Der Große Krieg und die Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert

a) Kolonialismus und imperialistische Teilung der Welt – Kritiken und Apologien in der deutschen und europäischen Debatte.
b) Die Diskussion der „Polenfrage“ – Nationalstaatsbildung, deutsche Großmachtsinteressen im Osten und Kritiken
c) Kriegsziele und Friedenskonzepte vor, während und nach dem Großen Krieg.
Beim Rückblick auf diese Debatte leitet uns die Absicht, eine genauere Vorstellung von der Entstehung bis heute fortwirkender politischen Ideen und Debatten zu gewinnen und ganz praktisch die Arbeit am Lektüreprojekt „Epochenbruch“ genauer zu bestimmen.
* http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1811/pb1811-24a-arge-tagung-winterschule-2019-ArGe.htmlx

Einleitungsbeitrag: Kolonialismus – Opposition der SPD und Erster Weltkrieg

Von Andreas Adrians

Wir werden uns mit zwei Ereignissen beschäftigen, die auf die innenpolitische Konstellation des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg weitreichenden Einfluss ausübten und die Haltung der SPD bei Kriegsausbruch und letztlich auch in der Novemberrevolution entscheidend beeinflusst haben.

Am 15. Dezember 1906 wird der Reichstag aufgelöst, es kommt am 25.Januar 1907 zu Neuwahlen, bei der die SPD eine krachende Niederlage erleidet. Wir werden uns anschauen, welche Spuren das in der SPD hinterlässt.

Vier Jahre später, im Sommer 1911 entsendet das Deutsche Reich drei Kriegsschiffe nach Agadir – der „Panthersprung“ – und Europa steht kurz vor einem Krieg. Die SPD ist nicht in der Lage, einen ernsthaften Beitrag gegen die Kriegsgefahr zu leisten.

Auflösung des Reichstags und Neuwahlen 1906/07

Anlass für die Auflösung des Reichstages im Dezember 1906 war eine Abstimmungsniederlage des Reichskanzlers Fürst v. Bülow zwei Tage zuvor. Die Regierung verlangte vom Reichstag die Bewilligung von 29 Mio. Mark für den Bau einer „kriegswichtigen“ Eisenbahn in Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) und für die dort stationierten deutschen Kolonialtruppen. SPD, das Zentrum und die polnische Fraktion stimmten gegen die Bewilligung und die Regierung verlor die Abstimmung (177 nein, 168 ja).

Dazu muss man wissen, dass sich die afrikanische Bevölkerung (Herero und Nama) 1904 gegen die Besetzung ihres Landes erhoben hatte und von den deutschen Kolonialtruppen grausam bekämpft wurde – mit immer weiter steigenden Kos-

Texte zur Lektüre und Diskussion bei der Winterschule 2019

Teil I (Sozialistische Diskussion)
Vorbereitung Andreas Adrians, Uli Jäckel

Aus dem **Protokoll des Sozialistenkongresses 1907** in Stuttgart: S. 25–40: Auseinandersetzung um die Kolonialresolution. (1)

Resolution des Int. Soz.Kongresses in Stuttgart, angen. am 24. August 1907, ebenda, S. 39–40, oder: (2) *Brief von Hermann Molkenbuhr* vom 8. Juli 1911 an das Internationale Sozialistische Büro. Der gesamte Briefwechsel ist dokumentiert in: Protokoll des Jenaer Parteitags der SPD vom 10.–16.9.1911, S. 464–470;

Flugblatt „Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie“ von Mitte August 1911 (Verfasser Karl Kautsky) (3)

Rosa Luxemburg: **„Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?“,** 19.8.1911. in: Ges. Werke, Bd. 3, S. 26–31

Rosa Luxemburg: **„Unser Marokkoflugblatt“,** 26.8.1911; in: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 32–36

Resolution „Marokkoangelegenheit“ des SPD-Parteitags in Jena vom 24.9.1911, Protokoll des Jenaer Parteitags der SPD vom 10.–16.9.1911, S. 473; (4)

Karl Liebknecht, **„Begründung eines Zusatzantrages zur Marokkoresolution des Parteivorstands** auf dem Jenaer Parteitag 1911“, 14. September 1911; Protokoll (s.o.) S. 463 oder Karl Liebknecht, „Gesammelte Reden und Schriften“, Bd. IV, Berlin 1961, S. 463;

August Bebel, Rede im Reichstag zum Massenstreik im Kriegsfall v. 11.11.1911; (5)

Teil II (Nationalismus und Liberalismus)
Vorbereitung: Martin Fochler

Max Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik,* 1895. Der Textauszug wurde um ca. 30% gekürzt. Die vollständige Fassung findet sich beim Projekt Gutenberg (6)

Teil III Friedensbewegung
Vorbereitung: Karl-Helmut Lechner

Fried, Alfred Hermann: **Die moderne Friedensbewegung** (7)

Fried, Dr.h. c. Alfred H., **Europäische Wiederherstellung** Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich 1915

Schlichtmann, Dr. Klaus. Nihon Universität Tokio, **Friede als Rechtsordnung. Der Beitrag von Alfred Hermann Fried (1864-1921) zur Entwicklung des Völkerrechts**

1 http://www.archive.org/details/internationale00inte_bw[2037].pdf
2 https://maoistdazibao.files.wordpress.com/2015/09/resolution-stuttgarter-sozialistenkongress-1907.pdf
3 https://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1911/08/flugmarok.htm
4 http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1911.pdf
5 https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bebel/1911/11/11.html
6 http://gutenberg.spiegel.de/buch/kurzere-politische-schriften-8126/1
7 https://archive.org/details/diemodernefried00friegoog/page/n9

ten, die die deutsche Bevölkerung aufbringen musste.

Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages verkündete die Regierung ihre Parole für den Wahlkampf. Die Ablehnung der beantragten Gelder sei ein nationales Verbrechen, da die Wahrung deutscher Kolonialinteressen in Südwestafrika eine nationale Aufgabe von weltpolitischer Bedeutung sei! Das Zentrum und insbesondere die SPD sollten in einer großangelegten Kampagne als kolonialfeindlich, antinational und letztlich als Vaterlandsverräter gebrandmarkt werden. Ziel war es im Reichstag einen zuverlässigen Block aus konservativen und liberalen Abgeordneten zu bilden.

Der Wahlkampf wurde zu einer demagogischen Kampagne gegen die „nationale Unzuverlässigkeit“ der SPD und des Zentrums. Verdeckt oder offen wurde von der Regierung und ihren Unterstützern die Haltung der SPD als Vaterlandsverrat und Umsturzversuch denunziert. Eine großangelegte Spendenkampagne für das Regierungslager wurde organisiert. Ein Großteil der Spenden stammte von Industriellen, die vom Kolonialismus profitierten. Das Geld wurde vor allem für den Druck von 15 bis 20 Millionen Flugblättern verwendet, die insgesamt über 200 Zeitungen beigefügt wurden.

Zwei kurze Auszüge aus diesen Propagandaschriften:

„Koloniale Fragen sind keine Fragen der Partei; sie sind Fragen der Volkswirtschaft und der nationalen Politik: sie berühren alle Kreise unseres Volkes, jede Partei und jeden Stand“.

Und weiter:

„Da die Führer der Sozialdemokraten nur Hass schüren können, kümmern sie sich nicht um die Werte und Güter, die unsere Mitbürger dort in Afrika opfern, nicht um die Gesundheit und das Leben unserer deutschen Soldaten in Afrika, nicht um die deutsche Ehre. Sie wollen der Regierung nicht die Mittel bewilligen, den Kampf fortzusetzen, und sie stellen sich mit den Hottentotten und Hereros gegen ihr Vaterland“.

Das Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung stieg von 76,1% (1903) auf 84,7% (1906). Die SPD gewann zwar absolut Stimmen dazu und bekam 3.259.029 Stimmen, verlor aber relativ und fiel auf 28,9% der Stimmen (-2,8%) zurück. Da es im Kaiserreich ein Mehrheitswahlsystem gab, musste ein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erringen, um gewählt zu werden. Ansonsten gab es einen zweiten Wahlgang.

1906 taten sich bei der Stichwahl – immer wenn es gegen einen Sozialdemokraten ging – alle anderen Parteien zusammen und einigten sich auf einen Kandidaten, so dass sich in der Stichwahl kein Sozialdemokrat durchsetzen konnte. Am Ende führte das dazu, dass die SPD nur noch 43 Abgeordnete im neugewählten Reichstag hatte, 38 weniger als in der Legislaturperiode davor.

Das Wahlsystem im Kaiserreich war außerdem nicht demokratisch. Die SPD errang mit mehr als 3,2 Millionen Stimmen 43 Mandate, während die Konservativen mit rund einer Million Stimmen 60 Mandate erringen konnten. Das Wahlergebnis spiegelte also keineswegs die wirklichen Verhältnisse in der Bevölkerung wider – davon abgesehen, dass sowieso nur Männer ab 25 Jahren wählen durften.

Die Regierung aber hatte ihr Ziel erreicht. Eine antikoloniale SPD-/Zentrums-Mehrheit gab es im Reichstag nicht mehr! Dieser billigte dann auch die geforderten Mittel zur weiteren Führung des Kolonialkrieges in Afrika.

Die SPD wurde von der Demagogie der Wahlkampagne und dem Wahlergebnis überrascht.

Sie war von einem unaufhaltsamen parlamentarischen Siegeszug ausgegangen und musste erstaunt feststellen, dass irgendetwas schiefgelaufen war! Sie konnte zwar die Bezirke mit überwiegender Arbeiterbevölkerung halten. Kleinbürgerliche Wähler, die 1903 SPD gewählt hatten, wendeten sich aber von der SPD ab.

https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord_an_den_Herero_und_Nama

Überlebende Herero nach der Flucht durch die Wüste (ca. 1907)

https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord_an_den_Herero_und_Nama#/media/File:Surviving_Herero_c1907.jpg

Das Wahlergebnis führte zu schweren Auseinandersetzungen in der SPD über den weiteren politischen Weg. Es „übte eine erzieherische Wirkung“ aus (so ein Beobachter der damaligen Verhältnisse), mit dem Ergebnis, dass die Revisionisten in der SPD (der rechte Flügel der Partei) an Einfluss gewannen – also Leute wie Noske und Bernstein. Noske wurde für die SPD Referent für koloniale Angelegenheiten im Reichstag und neben Bebel einer der Redner für die SPD im Reichstag.

Das Wahlergebnis war ein Wendepunkt in der SPD – die Mehrheit in der SPD drängte auf die Billigung des Kolonialismus und lehnte auch eine radikale Politik gegen den Militarismus ab. Auf ihrem Parteitag im Herbst 1907 verlief die Debatte entlang der Frage: will die SPD grundsätzliche Kritik am Kolonialismus und Militarismus üben oder will sie Wahlen gewinnen.

Bebel sagte auf dem Parteitag, er wisse nicht, was die SPD im Falle einer Regierungsübernahme mit den Kolonien machen solle. Und Noske befürwortete in einer Debatte im Reichstag die Vaterlandsverteidigung.

Die Kolonialdebatte auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1907

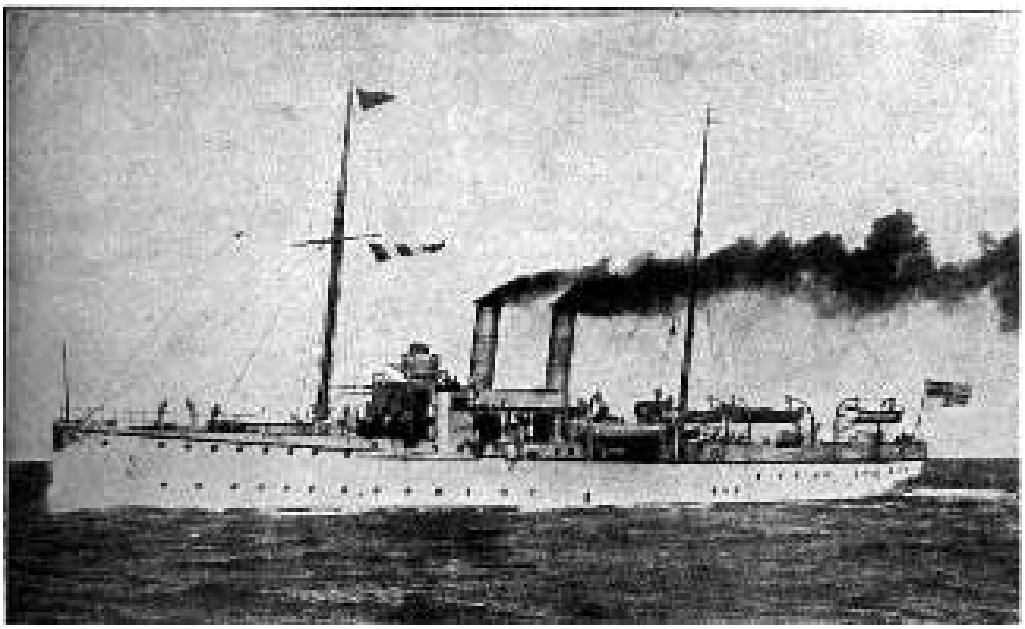
Um eine Vorstellung von den Positionen und Auseinandersetzungen in der SPD über die Kolonialfrage zu bekommen legen wir das Protokoll der Kolonialdebatte auf dem Internationalen Sozialistenkongress von 1907 in Stuttgart vor.
In Stuttgart tagten vom 17. bis 26. August 1907 884 Delegierte aus 25 Ländern (davon 300 Delegierte der deutschen SPD). Eine wichtige Debatte war die Auseinandersetzung in der internationalen Sozialdemokratie mit dem Kolonialismus.
Für die SPD sprachen dort Vertreter der unterschiedlichen Positionen in der SPD – Ledebour, Kautsky, Bernstein und David.

Der „Panthersprung“ als Ausdruck der Verschärfung der Widersprüche zwischen den europäischen Mächten

Von Uli Jäckel

Die deutsche Außenpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts war bestimmt von dem Bestreben, gemäß der rapide anwachsenden ökonomischen Stärke des Landes auch politisch eine hegemoniale Stellung in Europa zu erlangen. Schon während der ersten Marokko-Krise 1905 hatte die deutsche Politik versucht, das weitere Vordringen Frankreichs in Nordafrika von der Zustimmung des Kaiserreichs abhängig zu machen. Auf der Konferenz von Algeciras 1906 wurde dieser Vorstoß jedoch von den beteiligten Staaten weitestgehend abgewiesen. Zwar wurde die formelle Unabhängigkeit Marokkos und die allgemeine Handelsfreiheit bestätigt, Frankreich erlangte jedoch gemeinsam mit Spanien die Kontrolle über die Polizei und die Zentralbank des Landes.

Bereits 1894 hatten Frankreich und Russland eine zunächst geheime Militärallianz geschlossen, nachdem Deutschland den „Rückversicherungsvertrag“ mit Russland 1890 nicht verlängert hatte. 1904 einigten sich Frankreich und Großbritannien über die Abgrenzung ihrer kolonialen Einflussgebiete in Ägypten und Nordafrika, und 1907 vereinbarten Russland und England eine Entente, wobei sie vor allem ihre Interessensphären in Persien, Afghanistan und Tibet gegeneinander abgrenzten. Diese „Triple Entente“, die kein formelles Bündnis war, versetzte die beteiligten Mächte in die Lage, die hegemonialen Ambitionen des Deutschen Reiches in Schach zu halten. In den folgenden



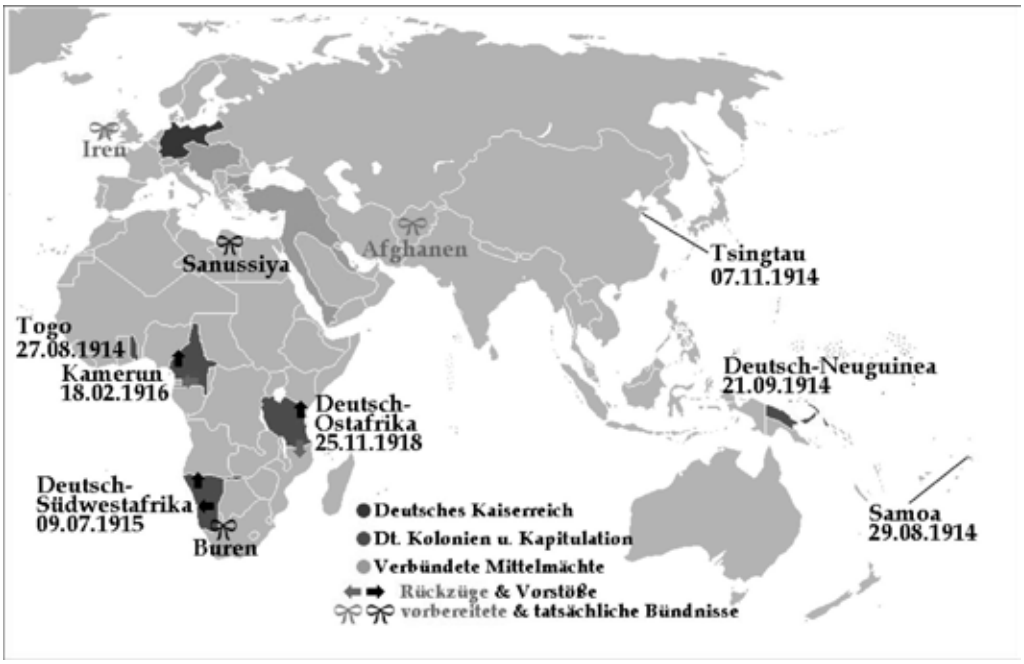
https://de.wikipedia.org/wiki/SMS_Panther_(1901)SMS Panther (1901) – Indienststellung 15. März 1902. Verbleib: 1931 abgewrackt. SMS Panther war ein Kanonenboot der Iltis-Klasse der Kaiserlichen Marine, das wie alle ihre Schwestern im Auslandsdienst eingesetzt war. Schwesterschiffe waren SMS Iltis, SMS Jaguar, SMS Tiger, SMS Luchs, und SMS Eber.

Jahren versuchte die deutsche Diplomatie vergeblich, diese Verbindungen aufzubrechen. Aber die Beziehungen mit Russland wurden durch die Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn 1908, die das Deutsche Reich unterstützte, weiter verschlechtert. Das Tirpitzsche Flottenbauprogramm und aggressive Töne Wilhelms II. in einem Interview mit dem „Daily Telegraph“ verstärkten das Misstrauen in England. Der Versuch Bethmann-Hollwegs, über Flottenbau-Konzessionen zu einem Neutralitätspakt mit England zu gelangen, scheiterte.

Als 1911 Frankreich unter dem Vorwand der „Aufstandsbekämpfung“ Teile Marokkos militärisch besetzte, entsandte die deutsche Regierung am 1. Juli das Kanonenboot „Panther“ (und etwas später zwei weitere Kriegsschiffe) zum Hafen von Agadir, um, wie der Leiter des Auswärtigen Amtes, Kiderlen-Wächter, es ausdrückte, es als Faustpfand für die Erlangung von Kompensationen aus dem französischen Kolonialbesitz zu nutzen. Im Inneren ging diese Politik mit einer heftigen chauvinistischen Mobilisierung einher, geschürt von interessierten Kapitalistengruppen, die v. a. an Erzvorkommen in Marokko interessiert waren, und den Alldeutschen, die auf weite Teile auch des liberalen Bürgertums übergriff. Die Hoffnung, Frankreich wegen der Verletzung des Abkommens von Algeciras von seinen Verbündeten isolieren zu könne, erfüllte sich jedoch nicht. Großbritannien verlangte, in die Verhandlungen miteinbezogen zu werden, und wandte sich besonders gegen die Errichtung eines deutschen Stützpunktes im Mittelmeer oder eines Atlantikhafens in Marokko. Am 21. Juli stellte der britische Schatzkanzler David Lloyd George, der eigentlich als Befürworter einer Verständigung mit Deutschland galt, in einer Rede in der City of London („Mansion House-Rede“) unmissverständlich klar, dass Großbritannien im Falle eines bewaffneten Konflikts zu seinem französischen Bündnispartner stehen werde. Schließlich gestand man Deutschland kleine Gebiete am Kongo als „Kompensation“ zu.

In dieser Situation, als sich die Mächte im Streit um koloniale Besitzungen und um machtpolitisches Prestige bis an den Rand der kriegerischen Konfrontation hochschaukelten, regte das Internationale Sozialistische Büro eine Zusammenkunft von Delegierten der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und Grossbritanniens an, um über eine gemeinsame Politik zu beraten. Hermann Molkenbuhr, der in der Abwesenheit August Bebels den Parteivorstand der SPD vertrat, teilte am 8. Juli in einem Brief an das Büro in Brüssel mit, dass er ein Treffen vorerst nicht für nötig halte. „Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen (...) Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie Bismarck 1887 mit Boulanger und Bülow 1905 mit den Hottentotten. (...) Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. (...) Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit der Besprechung noch warten können.“

Aus solchen Erwägungen zögerte der Parteivorstand lange, gegen die Kriegsgefahr zu mobilisieren, ein Zustand, der zunehmende Kritik aus den Reihen der Jugend und der Parteilinken



https://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/0/0e/Erster_Weltkrieg_in_Kolonien_1914-18.png

hervorrief. Erst ab Mitte August rief er zu Massenkundgebungen auf, von denen die am 21. August in Leipzig mit 100 000 Teilnehmern und am 3. September in Berlin mit 200 000 Teilnehmern die größten waren.

Einige Tage zuvor hatte Eduard Bernstein im „Vorwärts" geschrieben: „Werden in Marokko Zustände geschaffen, aufgrund deren die Ausfuhr eines bestimmten Landes Vorzugsstellung gegenüber der Ausfuhr anderer Länder erhält, so wird die deutsche Volkswirtschaft und werden mit dieser deutsche Arbeiter in entsprechendem Verhältnis benachteiligt. (...) Sie (die deutsche Regierung) hat das Recht und damit zugleich auch die Pflicht, darauf acht zu geben, daß die Bestimmungen der Algeciras-Akte (...) nicht hintenherum zum Schaden von Deutschland Industrie und Handel durchlöchert werden." Daher sollten die Arbeiter für die Einhaltung der Algeciras-Akte eintreten: „Indem die Arbeiterschaft für das internationale Recht kämpft, kämpft sie in jedem Lande für die beste heute mögliche Wahrung der legitimen Rechte des eigenen Landes."

Das von Karl Kautsky verfasste Flugblatt des Parteivorstands zur Marokkofrage sieht vor allem in der Flottenrüstung und der kolonialpolitischen Konkurrenz zu England die Haupt-Kriegsgefahr; diese Politik diene nur einem kleinen Teil der Bourgeoisie werde von einem Teil der bürgerlichen Parteien gewissermaßen aus Opportunismus und wider besseres Wissen unterstützt. Die Hauptperspektive für die Arbeiterbewegung liege in der Stärkung der Sozialdemokratie.

Das Verhalten von Molkenbuhr und die Artikel von Bernstein und Kautsky (dessen Urheberschaft für das Flugblatt ihr zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war), veranlasste Rosa Luxemburg zu scharfer Kritik in der Leipziger Volkszeitung. Darüber kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung auf dem Jenaer Parteitag im September 1911.

Auf der „Versammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine für Berlin und Umgegend" am 20. August hielt Ernst Däumig, ein Parteilinker, einen Vortrag zur Marokko-Frage, in der er (laut „Vorwärts vom 22. 08. 1911) u.a. sagte: „Mit platonischen Erklärungen kommen wir nicht davon, wenn die Kriegshetzer das Heft in die Hände bekommen. Unsere Parteigenossen müssen diszipliniert und entschlußfähig sein. Wir müssen daran denken, daß unsere Organisation nicht nur eine Maschine zur Betreibung von Wahlen, sondern eine Kampfeinrichtung ist, und daß sie zu handeln bereit ist, wenn der Ernst der Situation an sie herantritt. Von diesem Gesichtspunkte erscheint die Frage des politischen Massenstreiks in neuer Beleuchtung. Wir müssen immer damit rechnen, daß die letzten Fragen der Politik auf einem anderen Gebiete als an der Wahlurne entschieden werden."

In der Reichstagsdebatte vom 11. November desselben Jahres sah sich August Bebel auf Vorhaltung des Abgeordneten Erzberger vom Zentrum veranlasst, sich von dieser Position namens der Partei zu distanzieren und zu versichern, „dass die Partei an einen Massenstreik im Kriegsfall nicht denkt."

Dokumente aus dieser Debatte, die die Entwicklung der divergierenden Positionen in der Partei zu den Fragen der „Weltpolitik" des Deutschen Reiches und des Kampfes gegen die Kriegsgefahr beleuchten, waren Gegenstand der Lektüre und Diskussion auf der Winterschule.
(Siehe auch Kasten Seite 2)

Nationalismus – die Staatsangehörigkeit wird als Bekenntnis modelliert

Nach unserer Lektüre und Diskussion des Textes „Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, Akademische Antrittsrede, Freiburg, Mai 1895"*

Die Lektüre dieser Schrift führt in die Gedankenwelt des ausgehenden 19-ten Jahrhunderts und damit in die Zeit, in der die politischen Ideen und Strategien entstehen, die in den Großen Krieg führen. Max Weber war kein nationalistischer Schreihals. Dem damals aufbrodelnden Antisemitismus trat er entgegen. Für die im Deutschen Reich fortlebenden Privilegien der Großagrarier bzw. des Adels hatte er nichts übrig. Die Bildung wirtschaftlicher und politischer Interessenverbände der arbeitenden Klassen hielt er für legitim. Sein Beitrag zur soziologischen Wissenschaft wird international anerkannt. Im deutschen Sprachraum liefern von ihm entwickelte Deutungsmuster sozialer Prozesse bis heute den politischen Diskursen durchaus anregende Schlagworte (Verantwortungsethik-Gesinnungsethik, Protestantischer Geist und Kapitalismus, Sinn als Konstruktion usw.).

Webers Akademische Antrittsrede funktioniert als wissenschaftliche und politische Programmschrift. Sie kreist um die Siedlungsverhältnisse in den damaligen Ostgebieten des Reiches und baut auf empirisch gewonnen, d.h. aus amtlichen Statistiken gezogenen Daten auf. Die in einer Antrittsrede eher erdrückende Datenmasse wird dann unter Deutungsmuster geordnet, die auf knallharte politische Effekte zielen. Es geht Weber um die Schließung der Ostgrenze des Deutschen Reiches.

Wie man sich heute erst klar machen muss, hatte das damalige Deutsche Reich (es bestand gerade mal 24 Jahre) vom Königreich Preußen eine direkte Grenze mit dem russischen Zarenreich geerbt. Einen polnischen Staat gab es seit 1795 nicht mehr, das Land war zwischen Preußen, Russland und Österreich aufgeteilt worden, die baltischen Länder standen seit 1710 unter russischer Herrschaft.

In diesen „Ostmarken des Reiches"* registriert Weber einen Rückgang der Landbevölkerung und stößt dabei auf das verblüffende Phänomen, dass die Abwanderung vor allem aus Gegenden mit gutem Ackerboden stattfindet, während Siedlungen in Gegenden mit dürftiger Bodenqualität Zuwanderung verzeichnen.

Weber teilt zunächst mit, dass die Unterschiede der Bodenqualitäten zwischen denen der „Zuckerrübenböden der Weichselebene" und der „sandigen kassubische Höhe" nach der „Steuerreinertragsschätzung" um das 10- und 20fache differieren.

Ferner macht er auf eine politische Besonderheit aufmerksam. Neben der „Landgemeinde" gebe es dort den „Gutsbezirk":

„Herrenhöfe, umgeben von den einstöckigen Katen, welche der Gutsherr nebst Ackerstücken und Weide den Tagelöhnern anweist, die das Jahr über zur Arbeit auf dem Hofe verpflichtet sind. Etwa je zur Hälfte ist die Fläche der Provinz zwischen beide verteilt."

Die Abwanderung deutsch-protestantischer Landarbeiter aus einer relative gesicherten Lebensstellung erklärt sich, weil es

„für den Tagelöhner nur Herren und Knechte, und für seine Nachfahren im fernsten Glied nur die Aussicht, (gibt) nach der Gutsglocke auf fremdem Boden zu scharwerken. In dem

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Kaiserreich

dumpfen, halbbewußten Drang in die Ferne liegt ein Moment des Idealismus verborgen. Wer es nicht zu entziffern vermag, der kennt den Zauber der Freiheit nicht."

So entsteht auf den Gütern mit bestem Zuckerrübenboden Bedarf an Saisonarbeiter, die östlich der Grenze angeworben werden. Wo sich die Landwirtschaft wegen der schlechten Bodenqualität nicht mehr lohnt, rücken Kleinbauern und Landarbeiter aus dem Osten nach, Weber registriert sie als polnische Katholiken.

„Und weshalb sind es die polnischen Bauern, die an Terrain gewinnen? Ist es ihre überlegene ökonomische Intelligenz oder Kapitalkraft? Es ist vielmehr das Gegenteil von beiden. Unter einem Klima und auf einem Boden, welche neben extensiver Viehzucht wesentlich Getreide- und Kartoffelproduktion gestatten, ist hier derjenige am wenigsten durch die Ungunst des Marktes bedroht, der seine Produkte dahin bringt, wo sie durch den Preissturz am wenigsten entwertet werden: in seinen eigenen Magen, – der also für seinen Eigenbedarf produziert."

Und:

„Beide Vorgänge aber – der Abzug hier, die Vermehrung dort führen in letzter Linie auf einen und denselben Grund zurück: die niedrigeren Ansprüche an die Lebenshaltung – in materieller teils, teils in ideeller Beziehung –, welche der slawischen Rasse von der Natur auf den Weg gegeben oder im Verlaufe ihrer Vergangenheit angezüchtet sind, verhalfen ihr zum Siege."

Wie nebenbei skizziert Weber in dieser Schilderung das Bild vom ostischen Untermenschen, das spätere Jahrzehnte prägen und entsetzliche Verbrechen legitimieren wird.

In Webers Sicht ereignen sich diese grenzübergreifenden wirtschaftlichen Vorgänge als Kampf der Kulturen zwischen „Deutschtum" und „Polentum". Damit ist die Staatgrenze nicht mehr eine definierbare Schnittstelle für Übergänge zwischen verschiedenen Rechts- und Wirtschaftssystemen (-gebieten). Sie wird zur Scheidelinie zwischen Menschen unterschiedlicher Qualität. Diese Auffassung der Außengrenze einer Gebietskörperschaft legt innenpolitisch den Irrweg der kulturellen bzw. völkischen Homogenisierung des Staatswesens mindestens nahe. Eine grenzübergreifende soziale Beziehung, also, mit den Worten Max Webers „aufeinander eingestelltes und dadurch orientiertes Sicherhalten mehrerer" (aus: Wirtschaft u. Gesellschaft S. 13, bei zeno.org, siehe Kasten) ist somit zwischen Nationalstaaten kaum vorstellbar.

In seinen Schriften hat Max Weber herausgearbeitet, dass wirtschaftliches Handeln zwar ganz offensichtlich einer Eigenlogik folgt, aber dennoch von ethischen Konstruktionen und Bekenntnissen ganz erheblich – positiv oder negativ – beeinflusst wird. Die vielzitierte Erörterung läuft unter den Stichworten „Protestantische Ethik und Kapitalismus". Seither ist verständlich, dass und wieso Ethik und Bekenntnisse auf das ökonomische Verhalten wirken. Seit Weber ist im Prinzip nachgewiesen, dass es eine Fehldeutung ist, Entscheidungen

*** Quellenhinweise**

Maximilian Carl Emil Weber (* 21. April 1864 in Erfurt; † 14. Juni 1920 in München). Mehr bei: https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Weber

Links zu sehr vielen Schriften Weber bietet die Titelliste bei Zeno.org http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max

Verwendet wurde diese Seite für die Verweise auf „Wirtschaft und Gesellschaft" (im Text: (aus WuG). Die Darstellung ist nicht paginiert, die zitierten Stellen sind nur per Wortsuche zu finden.

Die anderen Zitate sind sämtlich aus der Schift „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, Akademische Antrittsrede" entnommen.

Im Kurs haben wir diesen Text (um ca. 30% Textvolumen gekürzt) gemeinsam gelesen und diskutiert.

Die Schrift steht u.a. beim Projekt Gutenberg zur Verfügung:
http://gutenberg.spiegel.de/buch/kurzere-politische-schriften-8126/1

Die Darstellung dort ist nicht paginiert, die zitierten Stellen sind nur per Wortsuche zu finden.

Technischer Tipp: Die Texte des Projekts Gutenberg können sehr leicht in das Format „epub", umgewandelt werden.

Einfach den Link des Textes merken und in http://www.epub2go.eu/ einsetzen.

der einzelnen Wirtschaftssubjekte als bloßen Ausdruck und Vollzug ökonomischer Interessenlagen zu interpretieren. Und das gilt auch für die politischen Regeln, die Verfassung und die Rechtsordnung, die sich die Akteure in einem bestimmten Gebiet geben.

Diese für die Entwicklung von Gesellschafskritik und für eine aktive Politik wichtige Wechselwirkung zwischen ökonomischen Interessenlagen und kulturellen Faktoren könnte man als lose Kopplung begreifen, was u.a. heißt, dass es immer mehrere Möglichkeiten der Wirkung und Rückwirkung gibt.

Lässt man sich auf eine solche Betrachtung ein, dann könnten in Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur grenzübergreifende Chancen produktiver und verlässlicher Kooperation erkannt und realisiert werden.

Weber hingegen interpretiert den Zusammenhang wie verschränkt, Kultur und Wirtschaft und Staatswesen sind im Deutschtum verpaart, dessen Bestand durch Außenwirkungen stets bedroht wird und das zum „Kampf ums Dasein" verurteilt ist.

Für eine Gestaltung der aus praktischen Gründen nötigen internationalen Beziehungen ausschlaggebend wird damit die Fähigkeit, anderen Staaten bzw. -tümern den eigenen Willen aufzuzwingen.

Während die Rationalität kapitalistischen Wirtschaftens in den gegebenen politischen Grenzen ein historisch gegebenes Verkehrshindernis sieht, das nur in Sonderfällen und zeitlich begrenzt wirtschaftlicher Entwicklung nützen kann, wächst den Gebietsgrenzen eine enorme Bedeutung zu, wenn im Staatsgebiet die Einheit von Bekenntnis, Tradition und Wirtschaftslogik vorausgesetzt wird. Es entsteht eine Logik des „ökonomischen Kampfs ums Dasein". Mit den Worten Webers gleich zu Beginn seines Vortrags:

„Was ich beabsichtige, ist zunächst: an einem Beispiel die Rolle zu veranschaulichen, welche die physischen und psychischen Rassendifferenzen zwischen Nationalitäten im ökonomischen Kampf ums Dasein spielen."

Die Ausführungen über „Polentum" contra „Deutschtum" sollen offensichtlich als Beispiel für die Gestaltung der Beziehungen des Reichs zur Aussenwelt begriffen werden.

Die Ausweitung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, die zu Zeiten Max Webers beeindruckend Tempo aufnimmt, ist begleitet von militärischer Aufrüstung und Kriegen, denn im kulturell leeren Raum zwischen den zu wechselseitiger Fremdheit und Feindschaft verurteilten Staatsgebilden zählt nur die militärisch-machtvoll bestimmte Fähigkeit zu Expansion und Abgrenzung.

Die schroffe Interpretation der Außengrenze läßt, jedenfalls in Weber Deutung, im Inneren des Gebildes durchaus politische Differenzen und auch Emanzipationskämpfe zu. So kann ein Konzept Nationaler Einheit und Einheitlichkeit mit der Idee der persönlichen Freiheit und des Rechts auf Entwicklung verflochten werden. Die alten Traditionen der Treue zu Thron und Kirche werden also zugleich aufgebrochen und durch Bindung an den Nationalstaat, der das Fleisch gewordene Deutschtum ist, erneuert.

Die Staatsangehörigkeit, ein Rechtsbegriff, der zwischen den Staatsbürgern erhebliche Unterschiede der Sprache, Kultur, Bekenntnis zulässt, wird durch den viel engeren der Nationalität ersetzt, der ein scharfrandig abgegrenztes Bündel (Sprachzugehörigkeit, Gewohnheiten, Traditionen) herausarbeitet und letztlich als Bekenntnis modelliert (und in vielen Staaten mit ethnisch gemischter Bevölkerung auch als Bekenntnis abgefragt wird).

Die Verschränkung von Wirtschaft Politik, Wissenschaft und Kultur zur Nation ermöglicht es auch, das geschichtliche Werden einer Gebietskörperschaft, hier des Deutschen Reiches, auszublenden. Dass die Grenze zwischen dem zaristischen Russland und dem wilhelminischen Deutschland durch Annexionen zustande gekommen war und nicht etwa durch Anschluss aufgrund freiwilliger Vereinbarungen, ist in dieser Sicht ohne Bedeutung.

Die kontrollierte und definierte Übertragung von Souveränitätsrechten, wie sie heute etwa schon durch die Mitgliedschaft eines Staates in den Vereinten Nationen, mehr aber noch durch den Beitritt zu diversen Wirtschaftsverbünden oder gar zur Europäischen Union weltweit üblich ist, kann in dieses Bild des Staatswesens nicht eingebaut werden.

Dennoch lebt der Nationalismus als Gegenmodell weiter. Er ist (im Sinne Max Webers) eine konstruierte Sinnstiftung (WuG, I. Methodische Grundlagen, siehe Kasten). Von Fachleuten ausgearbeitet und aktualisiert, ermöglicht diese Konstruktion jedem Einzelnen, Ereignisse auf der Weltbühne, Differenzen in der Staatenwelt und im auch im politischen Leben des Landes einzuordnen.

Die Schwäche liegt in ihrer Unfähigkeit, über Staatsgrenzen hinwegreichende soziale Beziehungen zu organisieren.

Anders als zu Zeiten Webers, als sich die nationalistische Konstruktion aus der stürmischen Entwicklung der Gesellschaften innerhalb der gegebenen Nationalstaaten legitimierte, findet sie heute negative Bestätigung. Jedes Versagen, jeder Mangel bei der Gestaltung internationaler Normen und Verträge dient dem Nationalismus als Beweis seiner eigenen Notwendigkeit.

Ein solcher Fehlschluss ist nicht leicht aus der Welt zu schaffen.

Eine Möglichkeit der Kritik des Nationalismus bietet der historische Ansatz. Der Lauf des 20-ten Jahrhunderts legt sehr nahe, dass nationalistische Politik Unfrieden, Krieg und sogar Vernichtung nach sich ziehen. Diese Kritik hat vor allem den Generationen eingeleuchtet, die den Zweiten Weltkrieg noch erlebt hatten. Sie wurde namentlich von Zeitzeugen lebendig gehalten und verblasst mit den Generationswechseln.

Die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtig auftrumpfenden Nationalismus entzündet sich heute als Normenkonflikt. Auf der einen Seite steht das Leitbild der „Völkerverständigung", auf der anderen die Idee vom „Kampf ums Dasein".

Für das Leitbild der „Völkerverständigung" lassen sich viele gelingende Verträge ins Feld führen. Insbesondere verbunden mit Ideen zur besseren Gestaltung. Für die praktische Politik wichtig ist, dass unter der Norm „Völkerverständigung" auch Weg zum Umgang mit politischen Systemen gefunden werden können, die sich im Modus des Kampfes ums Dasein wähnen. Allerdings, während die nationalistische Idee jedes Ereignis des Tages in der schlichten Form der Stärkung eines fertigen (Vor) urteils verarbeitet, sind unter dem Leitbild der Völkerverständigung auftretende Schwierigkeiten Herausforderungen, des politischen Nachdenkens und der Bereitschaft zu Verhandlungen. Zwar handelt es sich dabei um eine leistungsfähige Konstruktion, sie lebt aber von der dauernden Pflege und Ertüchtigung durch politische Praxis.

Weltfriedenskongreß 1907 in München: Alfred. H. Fried (stehende Reihe, Dritter von rechts); ebenfalls abgebildet: Bertha von Suttner (sitzend: Zweite von links), Ludwig Quidde (rechts neben Suttner), Frédéric Passy (rechts daneben); Margarethe Quidde (hinter Ludwig Quidde), Henri La Fontaine (rechts neben ihr).
Quelle: https://freimaurer-wiki.de/

Alfred Hermann Fried: „Friede als Rechtsordnung“

Der Beitrag dieses Friedens-Nobelpreisträgers von 1911 zur Entwicklung des Völkerrechts

Von Karl-Helmut Lechner

Der moderne Pazifismus

Der moderne Pazifismus, wie er im 19. Jahrhundert in England, Nordamerika und Europa zuerst als Denkströmung, dann mit dem Rückhalt in festen Organisationen entstand, versuchte, das Gefahrenpotential der kriegstreibenden Anarchie in den internationalen Beziehungen mit Hilfe von zwei Methoden zu entschärfen. Zum einen warb er auf der Linie älterer utopischer Entwürfe und neuer liberaler Hoffnungen für einen Völkerbund. Zum andern wollte er den Antagonismen des Staatensystems durch die „Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ und „justizförmige Prozeduren der Konfliktregelung“ begegnen. Gedacht war dabei etwa an einen Internationalen Gerichtshof mit allseits akzeptierten Entscheidungen und der Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit. Denn diese galt als Erfolgsmodell. Es hatte sich bei Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und England im Hinblick auf Kanada bewährt.

Dreimal Alfred Hermann Fried: links oben der Junge; dann der Mann in den besten Jahren; und schließlich der Ältere, vielleicht durch die Enttäuschungen schon etwas Gezeichnete … er starb ja mit nur 57 Jahren.

https://freimaurer-wiki.de/index.php/Alfred_Hermann_Fried#Nobelpreis_zur_geteilten_Hand

Das erst 1871 neu gegründete deutsche Kaiserreich war aus drei siegreich beendeten Kriegen hervorgegangen: Dem Krieg gegen Dänemark 1864, dem Krieg gegen Österreich und dem Sieg über Frankreich 1871. Gewissermaßen frontal gegen diese militärisch-nationalistische Erfolgsstimmung konnte sich eine deutsche Friedensbewegung zunächst nicht entwickeln. Zudem gelang es Bismarcks Außenpolitik, die Verwicklung in kriegsnahe Konfrontationen zu vermeiden. Dass dann seit der Mitte der neunziger Jahre eine vorsichtige Aufwärtsbewegung auch des deutschen Pazifismus einsetzte, spiegelte die zunehmenden internationalen Spannungen und Folgen der Rüstungspolitik, auch die bedrohlichen Konstellationen wider, in die das Reich geriet und bewusst hineingesteuert wurde.

Alfred Hermann Fried

Alfred Hermann Fried war zu seiner Zeit der herausragende Vertreter des bürgerlichen Pazifismus. Obgleich er 1911 den Friedens-Nobelpreis erhielt, ist er heute selbst unter friedensbewegten Menschen weitgehend unbekannt. Wie kein anderer hat er damals den Pazifismus in Mitteleuropa popularisiert: Er war Journalist und der Herausgeber der einflußreichsten deutschsprachigen Friedenszeitschrift und als Verfechter eines „wissenschaftlichen Pazifismus“ war er unermüdlich für den Frieden tätig. Er lebte von 1864 bis 1921.

Geboren in Wien, verfolgte er den größten Teil seiner aktiven journalistischen Karriere jedoch in Deutschland. Nach seinem Schulabschluss im Alter von fünfzehn Jahren arbeitete er in Wien als Buchhändler. Einige Jahre später ging er nach Berlin, wo er 1887 seinen eigenen Verlag eröffnete. Beeinflußt von Bertha von Suttner (geboren 1843; gestorben 1914), interessierte sich Fried für die Friedensbewegung, gründete die „Deutsche Friedensgesellschaft“ und editierte von 1894 bis 1899 die Zeitschrift „Monatliche Friedenskorrespondenz“ Als Herausgeber startete er ein Friedensjournal mit dem Namen „Die Waffen nieder!“ — in Anlehnung an den Titel des berühmten Antikriegsromans der Baronin Bertha von Suttner. 1899 wurde die „Monatliche Friedenskorrespondenz“ durch „Die Friedenswarte“ ersetzt, die damals von seinen Mitstreitern als

„effizienteste Zeitschrift der pazifistischen Bewegung der Welt“ bezeichnet wurde. „Die Friedenswarte“, die an ein Publikum von Intellektuellen gerichtet war, erscheint übrigens bis heute hin. Zu finden unter nachfolgendem Link: https://elibrary.bwv-verlag.de/journal/fw

„Das was wir Weltgeschichte nennen, ist nichts weiter als ein fortlaufender Organisationsprozeß; eine immer weiter schreitende Transformation und Regulierung der Teilkräfte, eine immer weiter fortschreitende Umwandlung von Gewalt in Recht.“ Dies ist eine der Kernaussagen von Fried. Das bewaffnete Europa bezeichnete Fried „als unhaltbaren Zustand der Anarchie“. Diesen Gedanken versuchte Fried bereits 1895 in seiner Abhandlung „Dschingis Khan mit Telegraphen“ deutlich zu machen. Während innerhalb des Staates die Ordnung politisch gewährleistet werde und der anarchische Zustand praktisch abgeschafft sei, herrsche in den internationalen Beziehungen immer noch „das Gesetz der rohen Gewalt“ und damit eine Situation des latenten Krieges im Frieden. Das anarchische Nationalstaatensystem sei nicht in der Lage, den Menschen die ihnen zukommende „Freiheit von Furcht“ zu gewähren, da, wie Fried in den „Grundlagen des revolutionären Pazifismus“ schreibt, „der militärische Friede die Gewalt im latenten Zustande erhält“. Hier erläutert er, wie die Wendung vom anarchischen Zustand in den internationalen Beziehungen, der notwendig Unmenschlichkeit und Gewalt fördere, zu einer „Ordnung des internationalen Zusammenlebens der Völker“ gelingen kann. „Revolutionär“ bedeutet dabei keineswegs Umsturz bestehender innerstaatlicher Ordnungen, sondern bezieht sich auf die notwendige Überwindung der Ursachen und der überholten Denkungsart, welche nach Fried die desorganisierten, anarchischen Beziehungen zwischen den Nationen bedingen.

Als Ziel wird von Alfred H. Fried ein „jeden Krieg ausschließender Rechtszustand“ angestrebt, der durch einen allgemeinen, zwischenstaatlichen Vertrag und Unterwerfung unter eine „zu errichtende internationale Friedensjustiz“ garantiert werden solle. Ausführlich beschreibt Fried in einem pragmatisch verfassten Aktionsprogramm die erforderliche „Entwickelung des internationalen Rechts“. Dazu gehören: Anpassung des Rechtes an die Bedürfnisse des internationalen Verkehrs, Kodifikation des Rechtes, Entwickelung des internationalen Völkerrechtes, Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit“ sowie „Schwächung der Gewaltfaktoren“.

Die erste Haager Friedenskonferenzen 1899

Als der junge Zar Nikolaus II. zusammen mit der Königin Wilhelmina der Niederlande im August 1898 zu einer allgemeinen Friedenskonferenz mit dem Ziel der Abrüstung einluden, kommentierte Fried: „Die Friedensidee hat eine Siegesnachricht zu verzeichnen. […] Alle Mann an Bord… alle Mann zu den Waffen des Geistes: ‚der Friede ist ausgebrochen‘!“

Dass die Ideen von Alfred Hermann Fried ihre Wirkung nicht verfehlten, zeigte sich bereits auf den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907, wo Teile seiner Forderungen auf der Tagesordnung standen: Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten und Aspekte der internationalen Rechtspflege und des humanitären Kriegsrechts.

Neben der Abrüstung sollte die Analyse der zugrundeliegenden Ursachen für Rüstung und Krieg das Ziel sein und damit das Ende der Staaten-Anarchie ins Auge gefasst werden. Man werde nicht umhinkommen, so Fried, „der Ursache der Rüstungen näher auf den Grund“ zu gehen und die Bindung der Staaten an das Recht anstelle der Gewalt erheblich auszuweiten. In seinem „Handbuch der Friedensbewegung“ würdigt er das „Werk vom Haag,“ das „die pazifistische Arbeit von Jahrzehnten gekrönt“ habe mit dem Ergebnis, dass die militärische Friedenssicherung immer mehr diskreditiert und statt dessen die „Friedenssicherung durch fortschreitende Kodifizierung und Stärkung des Völkerrechts in den Vordergrund“ gerückt sei. So betonte er, bezogen auf die Haager Konferenz 1899, dass die Delegierten dieser allerersten Konferenz wirklich zusammengearbeitet und den Krieg „im Prinzip einstimmig verurteilt“ hätten. Erstmals sei das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit, wenn auch zunächst nur in begrenztem Ausmaß, „von der großen Mehrheit der Staaten der Welt anerkannt“ worden. Zudem seien die „ungeheuren Rüstungslasten“ als ein Grundübel allgemein erkannt und „offiziell zugegeben“ worden. Das internationale System trete nun in eine neue Phase ein, nämlich weg von der Gewalt und hin zu einer staatenübergreifenden Rechtsordnung, auch wenn ein entscheidender Durchbruch in den beiden wichtigsten Fragen, Abrüstung und verbindliche internationale Rechtsprechung, nicht erreicht worden sei.

George Grosz,“ Die Stützen der Gesellschaft“ ; 1926. Sie taten alles, um den Pazifismus zu diffamieren.

Allerdings, das muss heute unbedingt dazu angemerkt werden, scheiterte auf der Konferenz von 1899 und auch danach das völkerrechtliche Projekt einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit aufgrund des deutschen Vetos, dem sich auch Österreich und die Türkei anschlossen. Hinzu kam, der Vorstoß des deutschen Imperialismus nach Ostasien war durch diese Konferenzen nicht abzubremsen, und selbst die Partei der „Frei-

sinnigen“ unterstützten im Reichstag den Schlachtflottenbau.

Da vermochte auch ein internationaler Vergleich wenig Trost zu spenden, denn erfolglos protestierte der amerikanische Pazifismus gegen den Spanisch-Amerikanischen Krieg, der italienische gegen den Abessinienkrieg, der englische gegen den Burenkrieg.

Die zweite Haager Friedenskonferenzen 1907

Frieds Bilanz der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 fiel wegen der „unerwartet langen Dauer und spärlichen Ergebnisse“ weit negativer aus. Vergeblich hatten die USA sich bemüht, in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit einen Mehrheitsentscheid zustande zu bringen. Aber insbesondere die deutsche Delegation hatte am Prinzip absoluter nationalstaatlicher Souveränität festgehalten. Fried betonte immer wieder, dass das Festhalten an überholten Vorstellungen in der Politik, insbesondere das Dogma unbedingt geltender staatlicher Souveränität, den Fortschritt vereitle. Es hätten sich aber, von den Politikern verkannt, — und darin war er unverbesserlicher Optimist — bereits Grundsätze und Gewohnheiten durchgesetzt, wonach die staatliche Souveränität zwangsläufig immer weiter eingeschränkt werde. Nach dem Völkerrecht bedeute, so schreibt Fried im „Handbuch der Friedensbewegung“, bereits jede internationale Übereinkunft, jeder Vertrag, den die Staaten miteinander abschließen, den Verzicht auf einen Teil staatlicher Souveränität. Dies sei allerdings in keiner Weise ein Verlust, da der verzichtbereite Staat dafür die „Zinsen in Gestalt von Pflichten“ von den Anderen zurück bekomme und das akkumulierte „Machtkapital des Staates … wenn man es (auf diese Weise] flüssig macht“ echte „Vorteile und Begünstigungen“ bringe.

Mit Bezug auf Deutschland, das auf den Haager Konferenzen als Blockierer auftrat, schrieb Fried im Jahre 1911: „Es ist sonderbar, wenn gerade deutsche Völkerrechtslehrer und Politiker die Unantastbarkeit der staatlichen Souveränität verkünden und dabei völlig übersehen, dass das Deutsche Reich nicht denkbar wäre, wenn die Einzelstaaten. die es bilden, nicht einen Teil ihrer Souveränität geopfert hätten. Sie haben … durch die Beschränkung ihrer Einzelsouveränität eine viel größere Sicherheit, ein höheres Maß von Wohlstand und Gedeihen eingetauscht …“ Drastisch genug formulierte dazu der deutsche Kaiser Wilhelm II eine Antwort: „Ich werde in meiner Praxis auch später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen: Ich scheiße auf die ganzen Beschlüsse!“ Und als Fried 1911 den Friedens-Nobelpreis erhielt, reagierte der gleiche deutsche Kaiser im Dezember 1911 auf die Nachricht mit der Bemerkung: „Ich habe von dem Esel nie etwas gehört!“

„Über die dampfende Erde rasten die Völker, — Aus dem Blut der Gefall'nen blühet die Freiheit empor! Aus: „Der Wahre Jacob“

Das Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie

Wichtig für unsere Diskussion in der Winterschule, auf der wir von Alfred Hermann Fried Auszüge aus „Die moderne Friedensbewegung“ (1907) und „Die Europäische Wiederherstellung“ (1915) gelesen haben, war das Verhältnis von bürgerlichem Pazifismus und von Alfred Hermann Fried zur deutschen Sozialdemokratie in diesen Jahren vor dem Krieg.

Es gehört mit zur größten Tragik, aber auch zu den — nach meiner Kenntnis — in der Linken wenig aufgearbeiteten Fragen der Geschichte vor dem Ersten Weltkrieg, warum die sozialdemokratische Bewegung der Arbeiterklasse gegen Krieg und für Frieden und die des modernen bürgerlichen Pazifismus nicht zueinandergefunden, nicht einmal sich in ihren Publikationen ernsthaft aufeinander bezogen haben.

Ich zitiere daher hier ausführlich aus der Dissertation von Petra Schönemann-Behrens: „Organisiert die Welt!“ Leben und Werk des Friedens-Nobelpreisträgers Alfred Hermann Fried (1864-1921) von 2004. Diese Arbeit schildert die Problematik eindrucksvoll:

„Getreu dem Ziel der Friedensbewegung ‚von oben und unten‘ zu wirken, war die Sozialdemokratie von Anfang an ein potentieller Partner der Friedensbewegung gewesen, zumal das Erfurter Programm der SPD von 1891 unter Punkt 3 pazifistische Forderungen wie die Ersetzung der stehenden Heere

durch Volkswehren und die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege aufgestellt hatte.“ Nach ersten positiven Ansätzen 1892, als der „Vorwärts“ unter Wilhelm Liebknecht, der selbst Mitglied der „Dänischen Friedensgesellschaft“ war, sich um den Abdruck Bertha von Suttners Roman „Die Waffen nieder!“ bemüht hatte, und 1893, als der internationale Sozialistenkongress in Zürich seinen Mitgliedern ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Pazifisten empfahl, entwickelten sich beide Richtungen jedoch gerade in Deutschland stark auseinander. „Während die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie weiterhin am revolutionären Sozialismus nach Marx festhielt und eine Aufhebung der Gegensätze der Nationen erst nach der Aufhebung der Klassen durch die Revolution für möglich hielt, glaubten die Pazifisten umgekehrt, daß die soziale Frage sich nur durch eine Freisetzung militärisch gebundener Geldmittel durch Verständigung und Abrüstung lösen ließe.“

Quellenhinweise:

Schönemann-Behrens, Petra: „Organisiert die Welt!“ Leben und Werk des Friedens-Nobelpreisträgers **Alfred Hermann Fried (1864-1921);** Dissertation; Bremen 2004

Fried, Alfred Hermann: „Dschingis Khan mit Telegraphen“. Leipzig. 1895, von Fried anonym verfaßt

Fried, Alfred Hermann: „Die Ausgestaltung der Friedensaktion in Deutschland.“ Eine Denkschrift zum Zehnjährigen; Bestände der Deutschen Friedens-Gesellschaft. November 1892 – November 1902. In: **Friedens-Warte4/19. S.I49-I65.**

Fried, Alfred Hermann: „System des revolutionären Pazifismus“. In: Friedens-Warte 7/8. S. 145-149; 1905

Fried, Alfred Hermann: „Die modere Friedensbewegung“. Zu finden unter: https://archive.org/details/diemodernefried00friegoog/page/n9

Fried, Alfred Hermann: „Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus“. Tübingen, 1908

Fried, Alfred Hermann: „Handbuch der Friedensbewegung.“ Erster Teil. Grundlagen. Inhalt und Ziele der Friedensbewegung. Berlin, 1911

Fried, Alfred Hermann: „Europäische Wiederherstellung“. Zürich, 1915; Zu finden unter: https://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11124817_00007.html

Fried, Alfred Hermann: https://archive.org/details/diemodernefried00friegoog/page/n9, **Wehler, Hans-Ulrich:** „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“. Band IV, München, 2008

Schlichtmann, Klaus: „Friede als Rechtsordnung: Der Beitrag von Alfred Hermann Fried (1864—1921) zur Entwicklung des Völkerrechts“ ; aus: „Die Friedens-Warte“, Vol. 87, No. 2/3

Alfred Hermann Fried ist Gründer der Zeitschrift **„Friedens-Warte“**, die heute noch herausgegeben wird; zu finden unter: https://www.jstor.org/journal/friedenswarte?refreqid=excelsior%3A5079a5a42d8928011b81fe0542f70426

Fried beobachtete daher ständig die Parteipresse und hakte sofort ein. wenn sich ihm ein Ansatzpunkt zu bieten schien. So etwa am 10. September 1900, als Fried im Leitartikel der „Friedens-Warte“ auf Äußerungen des vormals christlich-sozialen Pastors Goehre in den „Sozialistischen Monatsheften“ einging, der sich in seinem Artikel „Weltfrieden, Militarismus und stehendes Heer“ für eine Zusammenarbeit mit den sogenannten Friedensfreunden aus dem bürgerlichen und christlichen Lager ausgesprochen hatte. Freudig konstatierte Fried: „Das klingt doch anders, als die sinnlose Anrempelei und Beschimpfung der ‚bürgerlichen‘ Friedensenthusiasten, die sich von den sozialdemokratischen Friedensenthusiasten nur dadurch unterscheiden, daß sie entschlossen sind, ein ehrliches Stück Gegenwartsarbeit zu leisten, und daß sie nicht der Ansicht sind, daß der Sieg des Sozialismus erst herbeigeführt werden müsse, ehe man daran gehen könnte, den Krieg zu beseitigen.“

Die Sozialdemokratie begehe daher, so Fried, „einen grenzenlosen Fehler ... große Volksmassen durch ihre unverständige Abstinenzpolitik der Friedensbewegung vorzuenthalten“. Eines Tages, so sagt Fried voraus, werde sie gezwungen sein, die Propaganda für die „Friedfertigung der Kulturvölker“ aufzunehmen und dann auf die Vorarbeiten der bürgerlichen Friedensbewegung zurückgreifen müssen, die „über und abseits von den Parteien“ stehe.

Drei Jahre später nahm Fried das Thema noch einmal auf. Mit Blick auf die regierungsbildenden, dem Pazifismus positiv gegenüberstehenden Sozialisten in Frankreich fällt seine Kritik an der deutschen Sozialdemokratie jetzt deutlich härter aus. Vergeblich habe man sich seitens der Pazifisten in Deutschland bemüht, die Organe und einzelne Mitglieder der Partei über ihr „rückständiges Verhalten“ aufzuklären. Statt in den internationalen Fragen zusammenzuarbeiten, habe man sich dort nur über die Friedensbewegung lustig gemacht und dadurch wichtige Entwicklungsprozesse gehemmt: „Zehnmal hinderlicher als unsere Chauvins, als die Alldeutschen für die Ausbreitung des pazifistischen Gedankens in Deutschland, war die Sozialdemokratie, die der Propaganda einfach den Wind aus den Segeln nahm. Nur ihr ist es zu verdanken, wenn die gedankenlose Kleinpresse heute noch Ansichten zutage fördert, vor denen ein französischer Schulknabe erröten würde.“

Es sei die patriotische Pflicht der Sozialdemokratie, dem deutschen Volk den „Kriegsdusel und den Kriegsglauben zu rauben“. Sonst werde es eines Tages ein blutiges Erwachen geben. Noch schärfer griff Fried den „unmodernen und deshalb so gefährlichen preußischen Drillsozialismus“ ein Jahr später in seinem ausführlichen Bericht über den internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam an. Dort, so berichtete Fried, habe „ein Scheidungs- und Klärungskampf zwischen der in Deutschland herrschenden und die übrige sozialistische Welt dominierenden Orthodoxie und dem Revisionismus“, den — wie er es nennt — „Bebelianern und Jaurésisten“ stattgefunden, der zwar von den Orthodoxen gewonnen worden sei, der aber klar gezeigt habe, dass die Spaltung sich nicht zwischen den Nationen, sondern innerhalb der Partei vollziehe. Auch in Deutschland bestehe diese Spaltung und „nur die Furcht vor einer Schwächung der Gesamtpartei hat die Führer veranlaßt, den Riß mit Papierstreifen zu überkleben“.

Frieds Hoffnungen ruhten eindeutig auf der Gruppe der „Revisionisten“, die bereit waren, mit bürgerlichen Gruppen zusammenzuarbeiten. Der „Orthodoxie“ warf er dagegen vor, sie habe den Glauben im Dogma ertränkt und die auswärtige Politik bei ihrer Vertiefung in sozialpolitische Fragen völlig außer acht gelassen. Ja er warf sogar die Frage auf, ob die starre Haltung der Orthodoxie der Friedensbewegung gegenüber möglicherweise durch Existenzängste bedingt sei: „Wir Friedensfreunde verkünden. daß mit den Summen, die heute für den Krieg und seine Vorbereitung vergeudet werden, das Elend aus der Welt zu schaffen wäre. Wenn aber das Elend aus der Welt geschafft ist, das wäre das Ende der Sozialdemokratie, die einst ihre festeste Stütze in der Verelendigungstheorie von Marx fand.“

Auch wenn das Verhältnis zur Sozialdemokratie nur geringe Fortschritte machte, die Bemühungen Frieds und der Friedensbewegung um die Arbeiter gingen weiter. Dabei ging es Fried vor allem darum, den Begriff der „reaktionären Masse“, zu der die Sozialdemokraten undifferenziert das gesamte Bürgertum zählten, aufzuspalten und die Teilung des Bürgertums in fortschrittliche und konservative Elemente aufzuzeigen, wobei der fortschrittliche Teil als potentieller Bündnispartner der Arbeiter zu sehen sei.

Die tief verwurzelte Ablehnung des Pazifismus

Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass der deutsche Pazifismus, gleich, ob bürgerlich oder sozialdemokratisch, vor 1914 kein akzeptables Element der politischen Kultur werden konnte; und auch danach traf er jahrzehntelang auf eine tief verwurzelte Ablehnung. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler nennt im IV. Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte" dafür diese Gründe:

1. Die kosmopolitischen Züge des deutschen Liberalismus sind — etwa im Vergleich mit dem englisch-amerikanischen — durch den reichsdeutschen Nationalismus weithin verdrängt worden. Der meinungsprägende Einfluss liberaler Parteien sank seit 1879. Selbst die eigentlich bislang „friedensfreundliche" Partei der „Freisinnigen" trat für den Flottenbau und die Heeresvermehrung ein. Die anderen Parteien standen dem Pazifismus mit tiefer Skepsis, ja mit Hass gegenüber. Erst seit 1909/1912 kamen sich Deutsche-Friedens-Gesellschaft und SPD, von der Rechten mit Hohn überschüttet, bei der Verteidigung des Friedens näher.

2. Die militärstaatlichen Traditionen waren in der Sozialmentalität tief verankert. Jeder prinzipielle Zweifel am Wert der Streitkräfte verletze, so lautete die Anklage, die tiefsten Überzeugungen der Nation; der Pazifismus destabilisiere die kostbare „Wehrkraft".

3. Imperialismus und Sozialdarwinismus erwiesen sich als weitaus stärkere Mächte in der öffentlichen Meinung. Der suggestiven Kraft ihrer Weltbilder hatte der Pazifismus keine vergleichbare Attraktion entgegenzusetzen.

4. Der Antisemitismus fand in der Friedensbewegung eine bequeme Zielscheibe, da viele führende Pazifisten jüdischer Herkunft waren. So übrigens auch Alfred H. Fried. Mit dem Judenhass verband sich der Vorwurf, dass der Pazifismus ohnehin ein aus dem Westen importiertes, dem „deutschen Wesen" fremdes Ideensystem sei.

5. Die deutsche Presse verhielt sich überwiegend ablehnend; ebenso die etablierten „Meinungsmacher" und Stützen der Gesellschaft. Pazifisten unter Professoren und Pfarrern zum Beispiel bildeten eine seltene Ausnahme. „Da gab es den unermüdlichen Virchow, Historiker wie Lehmann und den schillernden Karl Lamprecht, neukantianische Philosophen wie Hermann Cohen und Paul Natorp, Völkerrechtler wie Walter und Hans Wehberg, Theologen wie Martin Rade und Umfried." Aufs Ganze aber lehnte die wissenschaftliche Welt den Pazifismus ebenso ab wie der Nationalprotestantismus. Eine Petition zum Beispiel gegen die exzessive Wehrvorlage der Reichsregierung von 1913 unterzeichneten dreihundertfünfzehn Pfarrer von rund achtzehntausend, und davon stammten allein hundertzehn aus Elsass-Lothringen.

Diesen ideologisch und organisatorisch so geschwächten Friedenskräfte war es nicht möglich, den Krieg aufzuhalten.

Aus der Einladung:* Samstag 13 Uhr bis 17 Uhr: Öffentliches Seminar mit Gästen.

Friedenspolitik, Völkerverständigung und Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen …

… könnte das Thema der Zeit sein, vieles deutet darauf hin. Protektionismus und Nationalismus und – allgemein gesprochen – der Trend zur Lösung von Problemen zu Lasten anderer, sind als Maximen politischen Handelns auf dem Vormarsch. Ausführlich:
http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1811/pb1811-24a-arge-tagung-winterschule-2019-ArGe.htmlx

Für den Samstag war zu einem öffentlichen Seminar mit Gästen eingeladen: Friedenspolitik, Völkerverständigung und Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen

Protektionismus und Nationalismus und – allgemein gesprochen – der Trend zur Lösung von Problemen zu Lasten anderer und die verstärkte Militarisierung der Außenpolitik ist Grund zur Sorge.

Wieso fallen linke Kritik und Ansätze linker Politik gegenüber diesem Trend im Streit um die öffentliche Meinung zurück?

Vielleicht, weil die linken Kritiken stark sind, die großen Gefahren unilateraler Strategien aufzuzeigen, aber schwach bleiben, wenn Konzepte zur Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen zur Debatte stehen, seien es die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder multilaterale internationale Abkommen. Aktuell entwickelt sich die internationale Auseinandersetzung um die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten" zur Streitsache, wenn nicht zum internationalen Prüfstein. Sie war am 19. September 2016 verabschiedet worden und soll im Dezember in Marrakesch beschlossen werden. Der Streit darum ist mehr als ein Indiz für den Kampf nicht nur um die Deutungshoheit, sondern auch um die Bedeutung, die international aufgestellte Institutionen und Organisationen für Politik auf nationalstaatlicher Ebene spielen sollen.

Das Seminar widmete sich Traditionslinien linker Politik mit der Fragestellung „Das Konzept der‚entmilitarisierten Sicherheit' – ein erfolgversprechender Ansatz?" Mit Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome und Jürgen Klute haben wir zwei Referenten gewinnen können, die sich über lange Jahre mit diesen Fragen beschäftigt haben und die sich auf den Feldern der internationalen Diplomatie sowie der friedenspolitischen Aufstellung der EU bzw. des Europäischen Parlaments gut auskennen.

Wir danken Dr. Crome und Jürgen Klute für die Zusammenfassung ihrer Beiträge, die wir im Folgenden dokumentieren.

Eva Detscher, Karlsruhe

Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome: Politikwissenschaftler Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa- Luxemburg-Stiftung. Er bearbeitet Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, Europapolitik und der Bewegung der Sozialforen, koordiniert den Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Mitglied im Berliner Debatte Initial e.V., im WeltTrends e.V., Potsdam, sowie in der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V., Leipzig (zitiert nach seiner Seite bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Pfarrer i.R. Jürgen Klute: Jahrgang 1953, geboren in Bünde/Westfalen. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Bielefeld und Marburg/Lahn ab 1989 Leiter des Industrie- und Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Von 2007 bis 2009 Referent für Sozialethik an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Linke). Seit 2014 freiberuflich tätig. Publizist. Diverse Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Publikationen.

Für eine neue Entspannungspolitik

(Beitrag in Erfurt am 5. Januar 2019) Von Dr. Erhard Crome

1. Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele Menschen in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und in Mali, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe“ in Südosteuropa und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist wieder Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Mit dem Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten der EU sollen Möglichkeiten geschaffen werden, auch unabhängig von den USA Militärmacht einsetzen zu können.

2. Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat inzwischen eine eigene Geschichte von fast drei Jahrzehnten. Nach dem Kalten Krieg erstand in der Mitte Europas das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen. Die deutsche Außenpolitik wurde schrittweise verselbständigt. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik – bereits der westdeutschen vor 1989 – war es, Alleingänge zu vermeiden und stets im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es die Europäische Union, die NATO oder auch die UNO. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen.

So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, sah sich dabei aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Das war Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in NATO und EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn es seinen Interessen entspricht. Deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“ mehr, die andere definieren.

Welt Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag

WeltTrends
Das außenpolitische Journal

Seit 1993 diskutiert *WeltTrends* als eine deutschsprachige Zeitschrift für internationale Politik globale Entwicklungen und Herausforderungen der deutschen Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Das Journal *WeltTrends* erscheint seit 2015 im monatlichen Rhythmus. Jede Ausgabe ist einem Schwerpunktthema gewidmet. Hinzu kommen Analysen, Länderstudien, Interviews und Buchbesprechungen. Zu den Themen gehören Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, Klimapolitik, Abrüstung, die Europäische Union, die Rolle Chinas sowie Entwicklungen regionaler Politik (Naher Osten, Asien, Südamerika, Afrika). *WeltTrends* ist politisch unabhängig, finanziell eigenständig und wird von führenden sozialwissenschaftlichen Literaturdiensten weltweit indexiert.

Kriege führen?
WeltTrends 146 Dezember 2018

Europa ist nicht (mehr) kriegstauglich! Zu dieser wichtigen Erkenntnis war man Ende der 1980er-Jahre in Gesamteuropa gekommen. Die 1990er-Jahre zeigten, dass es doch möglich war, an den „Rändern“ Europas Krieg zu führen. Weltweit häuften sich sogar die militärischen Auseinandersetzungen. Das Säbelrasseln, das man heute nicht nur allerorten, sondern auch hierzulande hört, signalisiert, dass diese Erkenntnis verloren geht, zumindest nicht mehr in der politischen Klasse präsent ist. Kann man also doch Kriege führen? Und gewinnen? Diesen Fragen widmet sich das *WeltTrends*-Heft Nummer 146.

Inhalt | In den Warenkorb 4,80 €

3. Die Annahme aus der Zeit der deutschen Vereinigung, ein „europäisches Deutschland“ zu schaffen, um ein „deutsches Europa“ zu verhindern, blieb Illusion. Wir haben es jetzt mit einem „europäischen Deutschland“ in einem „deutschen Europa“ zu tun. Die Schaffung des letzteren war nur möglich, weil Deutschland ein „europäisches“, demokratisches, offenes Land ist. Der Bruch mit Pickelhaube, Schnurrbärten und lärmender Militärpolitik, die Tatsache, dass Deutschland heute ein „normales“ bürgerliches Land ist, wie andere Länder in Westeuropa und Nordamerika auch, ist Voraussetzung für die heutige deutsche Hegemonie. Die „Westbindung“, die erst die BRD, dann das vereinte Deutschland in die globale, von den USA dominierte Weltordnung einbinden sollte, hat eine neue deutsche Hegemonie nicht verhindert, sondern deren politische, organisatorische und kulturelle Formen gegenüber der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verändert.

4. Seit dem Ausgang aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 wird im deutschen Bürgertum über neue deutsche Hegemonie in Europa debattiert. Einerseits bestünden

neue Ängste vor einer Hegemonie Deutschlands, andererseits werde seine politische Führungsrolle in Europa und seine finanzielle Verantwortung erwartet. Deutsche Führung in der EU müsse stets die Unterstützung der anderen Staaten und Regierungen dafür erwirken, auf welchem Wege auch immer, es soll aber nicht wie Zwang aussehen; es solle Hegemon sein, aber nicht als Hegemon auftreten. Hier zeigt sich dreierlei: (1) eine deutsche Hegemonie in Europa wird ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten und als Faktum, nicht als Ziel in den Blick genommen; (2) die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert; (3) Einigkeit besteht darin, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle bereits eingerückt ist.

5. Mit dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung", das von November 2012 bis September 2013 von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" und vom „German Marshall Fund" in Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes unter Einbeziehung unterschiedlicher außenpolitischer Fachleute und Politiker erarbeitet wurde, wurden neue Linien der deutschen Außenpolitik umrissen. Ausgangspunkt ist die Lageeinschätzung, dass frühere enge Grenzen für deutsches Agieren in der Welt nicht mehr bestehen. Deutschland werde „eigene Interessen und Werte deutlich akzentuieren". Es wolle zu den „Gestaltungsmächten" in der Welt gehören, als die vor allem die Länder des Westens gesehen werden.

Dem gegenüber werden „Herausforderer" identifiziert, zu denen vor allem Russland und China gerechnet werden, ferner „Störer", wie der Iran oder Venezuela. Äußerungen der Bundesregierung sowie des früheren Bundespräsidenten Gauck machten deutlich, dass die Regierungspolitik diesem Fahrplan folgt. Mit dem sogenannten Weißbuch zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 wurde ebenfalls deutlich gemacht, dass die deutsche Außen- und Militärpolitik von einem Feindbild Russland und von einem China ausgeht, das ebenfalls als Gegner gesehen wird.

6. Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten kann sich die politische Kaste Deutschlands der bisherigen Zusammenarbeit mit den USA im Sinne eines globalen Interventionismus unter dem Motto eines „Eintretens für westliche Werte" nicht mehr sicher sein. Die Fortdenker der neuen deutschen Macht fordern daher jetzt Zweigleisigkeit: Bemühen um weiter enge Beziehungen zu den USA und gleichzeitig mehr deutschen Eifer bei der Stärkung der Institutionen der EU und des Euro. Die USA und die EU – mit Deutschland als hegemonialem Zentrum – sind auf der einen Seite Konkurrenten, auf der anderen miteinander „verbündet", wo sie sich gehalten sehen, Interessen gemeinsam oder zumindest parallel zu verfolgen.

So sind die Osterweiterung der NATO und die der EU nicht „zwei Seiten der selben Medaille", sondern unterschiedliche, voneinander zu unterscheidende Entwicklungen. Wenn westliche Politiker und Journalisten behaupten, der Westen würde lediglich „seine Werte" ausdehnen, während der russische Präsident Wladimir Putin in einer Manier des 19. Jahrhunderts seinen Einfluss territorial ausdehnen wolle, so ist dies reine Propaganda. Selbstverständlich stellen die NATO und die Europäische Union Raumordnungen dar. Erstere wird von den USA, die zweite von Deutschland dominiert. Beide wurden nach Osten, schließlich bis an die Grenze Russlands ausgedehnt.

7. Die NATO-Osterweiterung ist ein Vorrücken der geostrategischen und militärischen Positionen der USA und des von ihnen dominierten militärisch-politischen Gefüges in Richtung Osten, gegen Russland. Die erste NATO-Osterweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn im Jahre 1999 ging davon aus, die Kriegsführungsfähigkeit der Organisation zu erhalten. Die Militärorganisation, ihre Institutionen und Strukturen, wie sie sich herausgebildet hatten, sollten erhalten bleiben. Dann wurden der Krieg der NATO gegen Jugoslawien (1999) geführt und der Krieg der USA gegen den Irak (2003) angezettelt. Der Jugoslawien-Krieg war – im Unterschied zum zweiten Golfkrieg 1991 – Probe darauf, unter Voraussetzung der Selbstermächtigung einen Angriffskrieg außerhalb der UNO zu führen und sich dabei über geltendes Völkerrecht hinwegzusetzen. Alle damaligen NATO-Staaten beteiligten sich.

Die Lage hatte sich mit dem Amtsantritt von US-Präsident Bush II und den Anschlägen vom 11. September 2001 verändert. Die USA wollten nun in globalem Maßstab ein von ihnen allein bestimmtes imperiales Gefüge schaffen. Mit dem Irak-Krieg sollte nicht nur das Regime Saddam Husseins gestürzt, sondern die islamische Welt transformiert werden. Es ging nicht nur um Öl, sondern um Geopolitik. Deutschland, Frankreich, Belgien und weitere NATO-Staaten beteiligten sich nicht an diesem Krieg. Aus Sicht der USA diente die NATO nun als politisches Bündnis, wenn die anderen Mitglieder ihre Politik unterstützen, und sie wurde ignoriert, sobald sich Widerstände auftaten. Eine „Mitsprache", wie während des Jugoslawien-Krieges, war weder gewollt noch akzeptiert.

Die 2002 auf dem NATO-Gipfel in Prag beschlossene Erweiterung um weitere sieben Staaten – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – ging nicht mehr von einer Kriegsführungsfähigkeit der NATO aus. Vielmehr sollte sie, zusammen mit der Schaffung weltweit einsatzfähiger „NATO-Reaktionskräfte", als eine Art „Baukasten" dienen, mit dem wie im Irak-Krieg „Koalitionen der Willigen" gezimmert werden. Das Scheitern der USA in Irak und Afghanistan verhinderte weitere Kriege dieser Art. Geopolitisch wurde die strategische Landverbindung in Ost-Mittel-Europa zwischen Norwegen und der Türkei ausgebaut. Mit dem Hinweis auf Albanien, Mazedonien und Kroatien wurde bereits in Prag eine dritte Runde der Osterweiterung der NATO angekündigt: Albanien und Kroatien wurden 2009 in die NATO aufgenommen, Montenegro 2017. Der Beitritt Mazedoniens scheiterte bisher am Namensstreit mit Griechenland.

8. Angestrebt wurde von Seiten der Bush II-Administration auch ein Beitritt Georgiens und der Ukraine. Der liegt seit dem Kaukasus-Krieg von 2008 auf Eis, ist aber nach wie vor Teil des strategischen Kalküls der NATO-Bürokratie. Mit dem Putsch auf dem Kiewer Maidan wurde 2013/14 in der Ukraine ein Regime Change durchgesetzt, um das Land aus dem Einflussfeld Russlands zu lösen und in das des Westens einzuordnen. Die Obama-Regierung sowie die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Polens spielten eine besonders aktive Rolle dabei. Die NATO stellte den harten militärischen Unterbau zur Verfügung, am Ende wurde die Ukraine in die Peripherie der EU, das heißt Deutschlands, eingeordnet. Russland hat im Gegenzug die Krim in die Russische Föderation eingegliedert, was vom Westen mit Protesten quittiert wurde. Russland hatte lediglich die Wahl, dem Treiben tatenlos zuzuschauen, oder so zumindest eine starke geopolitsche Position im Schwarzen Meer und damit in Richtung Mittelmeer zu bewahren, auch um den Preis einer partiellen Verschlechterung der Beziehungen zum Westen.

Es folgte der NATO-Gipfel im walisischen Newport im September 2014. Russland wurde nun als die große Bedrohung des Westens dargestellt. Zentrale Bedeutung sollte der auf dem Gipfel von Wales gefasste Beschluss über das „Zwei-Prozent-Ziel"

erlangen: alle NATO-Staaten vereinbarten, spätestens im Jahr 2024 zwei Prozent des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für militärische Rüstungen auszugeben. Die Rüstungsproduktion soll erhöht und sowohl transatlantisch als auch innerhalb Europas stärker abgestimmt werden.

Der Beschluss über die Steigerung der Militärbudgets auf zwei Prozent des BIP ist somit in der Zeit der Präsidentschaft des netten US-Präsidenten Obama gefasst worden, unter tätiger Mitwirkung der deutschen Kanzlerin. Insofern ist regierungsamtliches Raisonnement in Deutschland, dass Trump diese zwei Prozent nun einfordert, fehl am Platze – Beschlüsse im Nordatlantikrat, zumal auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, müssen einstimmig sein. Angela Merkel ist mitverantwortlich. Ohne sie hätte es den Beschluss von Newport nicht gegeben. Sie müsste der deutschen Wählerschaft nur erklären, dass sie diese Erhöhung seit Jahren beabsichtigt.

9. In den USA nimmt die Hysterie in Sachen Russland, „Russland-Connection" des Präsidenten Trump, angeblicher Einmischung in die Präsidentenwahlen 2016 nicht ab, wie normalerweise im Zeitverlauf zu erwarten wäre, sondern weiter zu. Am 15. Juni 2017 hatte der US-Senat mit 97 zu zwei Stimmen nahezu geschlossen für die Verlängerung der unter Obama verhängten Sanktionen gegen Russland gestimmt. Betroffen sind Bereiche des Maschinenbaus und des Bergbaus, vor allem aber geht es gegen den russischen Energiekomplex. Es hieß, Russland müsse „einen Preis für seine Taten" bezahlen, die es mit seinem „Angriff auf unsere Demokratie" begangen habe. Die sind nach wie vor nicht bewiesen. Einige Abgeordnete meinten, Russlands „Aggressionen" in Syrien oder der Ukraine als Gründe für ihr Abstimmungsverhalten anführen zu sollen.

Am 25. Juli 2017 beschloss das USA-Repräsentantenhaus mit der breiten Mehrheit von 419 gegen drei Stimmen seinerseits ein Gesetz, das neue Sanktionen gegen Russland vorsieht. Obama hatte mit den Russland-Sanktionen in der Endphase seiner Präsidentschaft nicht nur Trump den Weg zur Veränderung der Außenpolitik verbauen wollen, sondern zugleich die Legende institutionalisiert, Trump sei ein illegitimer Präsident, weil er nur mit Hilfe der Russen ins Weiße Haus gekommen sei. Die unzähligen Anwürfe der meisten großen Medien der USA in Sachen Trump und Russland, die immer neuen „Ermittlungen", die unaufhörlichen Anhörungen in Parlamentsausschüssen seiner ehemaligen oder jetzigen Mitarbeiter stehen allesamt in dieser Kontinuität.

Die EU hat ihrerseits unter Verweis auf die Ukraine-Krise Sanktionen gegen Russland verhängt, die – nicht zuletzt im Gefolge russischer Gegensanktionen – auch der Wirtschaft der EU-Länder schaden. Die deutsche Bundesregierung hat sich dabei entgegen den Interessen der deutschen Exportwirtschaft als ein Vorreiter der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland betätigt.

10. „Friktion" hat Clausewitz genannt, was „den wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet". Er meinte die Reibungsverluste und Störungen im Handeln militärischer Einheiten und in ihrem Zusammenwirken aus Gründen des Zustandes der Truppe, des Wetters, des Geländes oder auch der Zwistigkeiten der Befehlshaber, „so dass Kombinationen, die man mit Leichtigkeit auf dem Papier entwirft, sich nur mit großen Anstrengungen ausführen lassen". Martin van Creveld, einer der kenntnisreichsten Militärtheoretiker der Gegenwart, fügte hinzu, dass die Folgen der Friktion um so schwerer wiegen, je mehr Effizienz verlangt ist.

Das Friktionsproblem erscheint auch in politischer Gestalt. Karl V. etwa, der großmächtigste Herr im Europa des 16. Jahrhunderts, kämpfte gegen die Aufstände der Comuneros in Spanien und der protestantischen Fürsten in Deutschland, gegen die Türken und die Seeräuber-Staaten in Nordafrika und führte drei Kriege gegen Frankreich. Am Ende legte er im September 1556 in Brüssel resigniert die Kaiserwürde nieder und beschloss seine Tage im Kloster. Jeder der Kontrahenten war der Macht des Habsburgerreiches weit unterlegen, die vielen Probleme gleichzeitig aber verschlissen dessen Macht.

In einer ähnlichen Lage befindet sich derzeit die deutsche Außenpolitik. Als am Vorabend der Brexit-Abstimmung in der ARD bei Frank Plasberg über die voraussichtlichen Folgen der Entscheidung des britischen Unterhauses diskutiert wurde, merkte der konservative britische Politik-Professor Anthony Glees an, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werde auf Deutschland eine Führungsrolle in Europa zukommen. Das bedeute aber nicht die Fähigkeit, den Kontinent tatsächlich führen zu können. Und die Briten hätten keine Angst vor dem EU-Austritt; sie glaubten, dass sie nach Dünkirchen 1940 allein gegen Hitler weitergekämpft und es geschafft hatten und es heute auch wieder schaffen würden. Der deutschen Kanzlerin fällt nach dem Beschluss des Unterhauses aber nichts weiter ein, als nach wie vor auf den Bedingungen des EU-Beschlusses über die Austrittsbedingungen zu bestehen. Als könne die deutsche Führungsrolle in Europa Großbritannien künftig ignorieren.

Derweil hat der derzeitige US-Botschafter Richard Grenell verschiedene deutsche und europäische Firmen, die an der Realisierung des „Nord Stream 2" -Pipeline-Projekts beteiligt sind, „gewarnt". Firmen, „die sich im russischen Energieexportsektor engagieren", würden sich an etwas beteiligen, „das ein erhebliches Sanktionsrisiko nach sich ziehen könne." Das war eine offene Drohung. Selbst Heiko Maas, der deutsche Außenminister, versuchte sich zu ermannen und erklärte: „Fragen der europäischen Energiepolitik müssen in Europa entschieden werden." Dabei unterschlug er, dass es auch innerhalb der EU heftige Widerstände gegen dieses Projekt gibt, und derzeit nicht klar ist, wie viele polnische Politiker in Washington angerufen haben, um eine solche Demarche zu erbitten.

Gleichzeitig aber jammerte Maas auf dem Neujahrsempfang des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, ihm wehe in Sachen Nordstream 2 allenthalben der Wind ins Gesicht, in Gesprächen mit osteuropäischen Politikern, in NATO-Runden, ja selbst in der UNO werde ihm vorgehalten, Deutschland befinde sich auf einem „falschen Weg". Die USA heucheln Sorge um die Energieunabhängigkeit der EU und um die Transiteinnahmen der Ukraine. Tatsächlich geht es ihnen um den Absatz US-amerikanischen Flüssiggases, das sie auf Grund der rabiaten und umweltfeindlichen Fördermethoden nunmehr in Mengen in den Weltmarkt drücken wollen. Bis 2025 wollen die USA mindestens fünfzig Prozent des europäischen Gasmarktes beherrschen. Das erreichen sie aber nicht, ohne Russland von einem erheblichen Teil dieses Marktes zu vertreiben.

Schon auf dem „Petersburger Dialog" im Oktober 2018 hatte Wiktor A. Subkow, Vorsitzender der russischen Seite des Dialogs und Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom, betonte, den USA dienten die Sanktionen und die militärischen Eskalationen der NATO an den russischen Grenzen nur dazu, Deutschland und die EU fester an die USA zu binden und amerikanisches Flüssiggas zu verkaufen. Das jedoch sei dreißig Prozent teurer als russisches Erdgas. Außerdem würde dies durch die Pipelines regelmäßig nach Westeuropa kommen, während man nicht sicher sein könne, ob die USA auch dann zuverlässig nach Europa liefern, wenn in Japan oder China die Preise steigen. Deutschland solle souverän entscheiden und seinen tatsächlichen Interessen folgen. Genau darum geht es jetzt. Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, betonte, es gehe „um unsere Selbstachtung und Souveränität".

Auf der anderen Seite kritisierte Heiko Maas kurz vor Weih-

nachten scharf Trumps Entscheidung, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen: „Es besteht die Gefahr, dass diese Entscheidung dem Kampf gegen den IS schadet und die erreichten Erfolge gefährdet“. Hier war klar, dass die deutsche Regierung die Anwesenheit der US-Truppen in Syrien als Mittel ansieht, russischen Einfluss zu begrenzen und der Stabilisierung der Assad-Regierung zu schaden. Oder anders gesagt: die vor sieben Jahren klar artikulierte Absicht der deutschen Außenpolitik, einen Regime-Change in Syrien zu erreichen, wurde nie aufgegeben, nur nicht mehr ausgesprochen. Und die US-Truppen sollten dies erreichen, aber deutsche Truppen dafür nicht eingesetzt werden. „Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten“, stellte schon Martin Luther fest.

Sollen die derzeitigen deutschen Friktionen dechiffriert werden, so wird deutlich: eine weitere absichtsvolle Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen bräuchte eine engere Zusammenarbeit mit den USA. Ein Ausbalancieren der seit der Wahl Trumps verschlechterten Beziehungen zu den USA bräuchte gute Beziehungen zu Russland. Eine deutsche „Wertepolitik“ etwa zum Sturz Assads hätte gute Beziehungen zu den USA und zu Russland zur Voraussetzung. Beiden selbstbewusster gegenüberzutreten, hätte eine stärkere und geschlossener agierende EU zur Voraussetzung. Die ist nach Flüchtlingskrise, Kontroversen mit Ungarn und Polen einerseits sowie den Südländern in Sachen Finanzen und Euro andererseits nicht zu sehen. Der Streit mit Großbritannien verstärkt die EU-europäische Politikunfähigkeit zusätzlich. Die USA-Politik gegen „Nordstream 2“ und zur Aufkündigung des INF-Vertrages über die Mittelstreckenraketen soll EU-Europa und vor allem Deutschland niederhalten und ein eigenständiges Agieren verhindern, zumindest erschweren. Angesichts solcher Friktionen ist die sogenannte politische Klasse in Deutschland augenscheinlich überfordert.

11. Die Verschlechterung der Beziehungen des Westens – der USA, der NATO, der EU und Deutschlands – zu Russland vergiftet die internationalen Beziehungen und vergrößert die Spannungen. Die hat eine politische, eine wirtschaftliche, aber auch eine militärische Dimension. Es steigt die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen, mit der Stationierung neuer Raketensysteme auch die Gefahr eines Atomkrieges. Die politische Rhetorik im Westen, auch in Deutschland folgt Denkmustern von Kriegsführungsstrategien. Notwendig wäre dagegen der entschlossene Übergang zu einem Kriegsverhinderungsdenken.

Dabei kann ein Rückgriff auf die Entspannungspolitik der 1970er Jahre helfen. Wenn die Sanktionen politisch nichts bringen, müssen sie beendet werden. Wenn es darum geht, Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens zu treffen, müssen die derzeit nicht lösbaren Fragen ausgeklammert werden, um in den lösbaren voranzukommen. Alternative zu der derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Sackgasse ist eine neue Politik der Entspannung. Das Ziel kann nicht darin bestehen, „westliche Werte“ oder was dazu erklärt wird, auf Russland und andere Länder zu übertragen, sondern eine konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, das heißt keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, keine Druck- und Drohpolitik von Seiten der NATO und der EU, keine deutsche Geopolitik, dafür Friedenspolitik, wie in der UNO-Charta postuliert.

Aber friedliche Koexistenz nicht nur kurzfristig, weil stärkere Machtmittel des Westens derzeit nicht zur Verfügung stehen, sondern für alle Zeiten. Von Bismarck ist das Wort überliefert: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint.“ Deutschland dagegen wähnte sich meist stärker, als es war, ob als Aspirant auf die Weltmacht in zwei Weltkriegen, als Juniorpartner der USA oder nun als Hegemon der EU.

Die EU als ein politisches Projekt ernst nehmen, das auf eine Konfliktlösung ohne militärische Mittel setzt.

Von Jürgen Klute (31. Januar 2019)

Die Europäische Union (EU) ist kritikwürdig. Insbesondere im Blick auf die Krisenpolitik seit etwa 2010 lässt sich viel Kritisches zur EU sagen und die Reformbedarfe vor allem im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik sind unübersehbar.

Dennoch sollte gerade eine linke Partei die EU nicht pauschal verurteilen, sondern sie als ein politische Projekt ernst nehmen, das auf eine Konfliktlösung ohne militärische Mittel setzt. Denn Die Linke setzt sich in ihrem Grundsatzprogramm für eine Welt ein, in der man ohne Waffen zu friedlichen Lösung von Konflikten und Interessengegensätzen kommt. Dazu sind aber politische Institutionen erforderlich, die ein Aushandeln von Konflikten und Interessengegensätzen auf demokratischem, politisch-diplomatischem Wege ermöglichen. Die EU stellt einen politisch-institutionellen Rahmen dar, in dem genau das möglich ist. Nach innen hin hat die EU dieses Versprechen bisher eingelöst.

Dass es außerhalb der EU weiterhin Kriege gibt, an denen auch EU-Mitgliedsstaaten im Verbund mit der NATO beteiligt sind, ist wahr und gehört scharf kritisiert. Aber das ist kein Argument gegen den politisch-institutionellen Rahmen der EU, der innerhalb der Mitgliedsländer den Rahmen für nichtmilitärische Konfliktlösungen geschaffen hat. Am Brexit und dessen Auswirkungen auf Nordirland und teils auch Gibraltar wird die Bedeutung dieses politisch-institutionellen Rahmens greifbar und anschaulich: Die Konflikte, die mit den genannten Gebieten verknüpft sind, wurden zwischen Großbritannien und Republik Irland bzw. Spanien während der britischen EU-Mitgliedschaft durch Verhandlungen im Rahmen der drei EU-Institutionen Parlament, Rat und Kommission sowie dem Europäischen Gerichtshof friedlich gelöst und die Ergebnisse wurden von den Beteiligten als rechtsverbindlich anerkannt. Da Großbritannien mit dem Brexit diesen politischen-institutionellen Rahmen verlässt, wird sich noch zeigen müssen, wie zukünftig ohne diesen Rahmen Konfliktlösungen funktionieren können und werden.

Die Linke sollte darauf hinarbeiten, diesen politisch-institutionellen Rahmen zu stärken und so auszubauen, dass er auch auf internationaler Ebene stärker als bisher für politisch-diplomatische Konfliktlösungen wirksam werden kann. Denn ebensowenig wie Kriege vom Himmel fallen, sondern menschengemacht sind, fällt auch kein Frieden vom Himmel, sondern er erfordert kluges und engagiertes politisches Handeln und entsprechende institutionelle Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen.

Ein starkes friedenspolitisches Engagement ist um so wichtiger, als seit seit geraumer Zeit eine Diskussion über eine europäische Armee läuft. Diese Debatte wäre von linker Seite zu konfrontieren mit dem Selbstanspruch der EU, Konflikte

und Interessengegensätze nicht militärisch, sondern durch parlamentarische Aushandlungsprozesse zu lösen und mit dem bisherigen Erfolg dieses Ansatzes im Inneren. Daraus wäre eine logische Konsequenz, auf eine Militarisierung der EU zu verzichten und die diplomatischen Institutionen, über die die EU verfügt, auszubauen und mit den nötigen Ressourcen für ein stärkeres globales ziviles Konfliktmanagement auszustatten.

Allerdings würde das eine (selbst)kritische Auseinandersetzung der Linken mit dem Konzept des staatlichen Gewaltmonopols erfordern. Dieses auf dem Westfälischen Frieden von 1648 basierende Staatskonzept verpflichtet Bürger*innen zum Verzicht auf den Besitz und das Tragen von Waffen. Im Gegenzug ist der Staat als einzig legitimer Inhaber des Gewaltmonopols verpflichtet, für die innere und äußere Sicherheit der Bürger*innen Sorge zu tragen.

Die Herausforderung für Die Linke besteht darin, Wähler*innen davon zu überzeugen, dass die Gewährleistung der äußeren Sicherheit ohne militärische Instrumente möglich ist. Andernfalls würde das Gewaltmonopol des Staates unterlaufen werden, was einer (Teil)Privatisierung des Gewaltmonopols gleichkäme.

Angesichts dessen, dass die EU im wesentlichen von Küsten umgeben ist und lange Landgrenzen nur zu Russland und zur Ukraine bestehen, sollte es möglich sein, Bürger*innen davon zu überzeugen, dass die äußere Sicherheit der EU auch ohne Armeen gewährleistet werden kann. Für die Sicherheit an den Küsten reicht ein Küstenschutz aus. Eine Sicherung der Grenzen zu Russland und der Ukraine ist der inneren Logik der EU folgend durch eine vertragliche Regelung mit den beiden Ländern im Sinne der klassischen EU-Nachbarschaftspolitik erreichbar. Für den Schutz vor grenzüberschreitender Kriminalität reicht eine personell gut ausgestattete Grenzschutzpolizei aus.

Angesichts des seit längerem angespannten Verhältnisses zu Russland ist das zwar nicht von heute auf morgen zu leisten. Aber für eine Rückkehr zu einer diplomatischen Konfliktregulierung ist es keineswegs zu spät. Das setzt allerdings auch einige diplomatische Aktivitäten innerhalb der EU vor allem mit den baltischen Ländern und Polen voraus. Aus historischen Gründen betrachten diese Länder die EU vor allem als – ein durchaus auch militärisches – Schutzschild gegenüber Russland. Diese Länder wären davon zu überzeugen, dass ein nachhaltiger Schutz nicht durch Panzerbataillone zu erreichen ist, sondern durch vertraglich und politisch-institutionell abgesicherte Partnerschaften.

Dazu könnte es nützlich sein, sich die gegenüber Westeuropa deutlich andere Kriegsgeschichte in Mittel- und Osteuropa anzuschauen. Die sechs westeuropäischen Gründungsländer der EU (die drei Benelux-Länder, Deutschland, Frankreich, Italien) hatten eine überwiegend gemeinsame Konfliktgeschichte, die sich vor allem auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg bezieht. Das spiegelt sich wieder in Straßburg als offiziellem Sitz des Europäischen Parlaments und Brüssel als Sitze von Rat und Kommission (und Zweitsitz des Europäischen Parlaments) und Luxemburg als Sitz des Generalsekretariats des EP. Die Konflikt- und Kriegsgeschichte Mittel-, Ost- und Südeuropas spiegelt sich im „Setting“ dieser Institutionen allerdings nicht wider. Das legitimierende Narrativ der EU ist aber nie um diese anderen historischen Dimensionen mittel-, ost- und südeuropäischer Mitgliedsländer ergänzt worden. Das erweist sich in der gegenwärtigen Krise der EU als problematisch.

Zudem ist es nötig, den in immer mehr EU-Mitgliedsstaaten aufsteigenden Nationalismus (der auch mit der unterschiedlichen Geschichte Mittel- und Osteuropas verknüpft ist) zu bekämpfen. Denn letztlich ist er die größte Gefahr für den inneren Frieden in Europa bzw. der EU. Eine Bekämpfung des Nationalismus und der ihn pushenden rechten Parteien erfordert allerdings auch eine kritische Auseinandersetzung mit der

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union

Rolle Deutschlands in der EU-Krisenpolitik und mit der von der Bundesregierung EU-weit durchgesetzten Austeritätspolitik. Dieses Thema kann und soll hier nicht vertieft werden, es ist allerdings eng mit dem Friedensthema verbunden.

Zu einer kritischen Reflexion der Rolle der Bundesrepublik bzw. der Bundesregierung innerhalb der EU gehört auch die ökonomische Stärke der Bundesrepublik (Stichwort: Exportüberschüsse) und die daraus resultierende erneute Dominanzrolle Deutschlands in der EU. Innerhalb Deutschlands wird das kaum zur Kenntnis genommen und reflektiert – auch nicht in der Linken und in der Friedensbewegung. In den Nachbarländern ist – vor allem 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg – die Wahrnehmung für diese Entwicklung nach wie vor geschärft.

Man schaue nur in das Septemberprogramm des damaligen Reichskanzler Theobald Bethmann Hollweg vom 14. September 1914. Dort beschreibt er die wirtschaftspolitischen Kriegsziele des Deutschen Reiches (mehr dazu: J. Klute: Vom katastrophalen Scheitern der Nationalstaaten zur Europäischen Republik – Vor 100 Jahren endete der Erster Weltkrieg [https://europa.blog/vom-katastrophalen-scheitern-der-nationalstaaten-zur-europaischen-republik-vor-100-jahren-endete-der-1-weltkrieg/]). Manches davon erinnert fatal an die heutige wirtschaftliche Dominanz Deutschland in der EU. Nur dass die heutige Dominanz auf wirtschaftlichem und nicht auf militärischem Wege erreicht wurde.

Eine solche Dominanz zu verhindern oder zumindest einzuhegen, war und ist ein Ziel der EU (bzw. ihrer Vorläuferorganisationen) als auch des Euros als gemeinsamer Währung.

Und selbst die NATO dient zumindest zum Teil diesem Ziel, das von ihrem ersten Generalsekretär Lord Ismay mit der knappen Formel „Keep the Soviets out [of Europe], the Americans in and the Germans Down“ umrissen wurde. Eine nach zwei furchtbaren von deutscher Seite vom Zaun gebrochenen Kriegen nachvollziehbare Position.

Wer also die NATO abschaffen will – eine durchaus begründbare Position – muss dann allerdings auch eine Antwort auf die Frage geben, wie dieses Ziel – „keep the Germans down“ – dann sichergestellt werden soll, dass in Deutschland nicht erneut ein ganz Europa bedrohender Militarismus aufblüht. Angesichts der Tatsache, dass eine faschistische und nationalistische Partei wie die AfD sich in allen Landtagen und im Bundestag etablieren konnte, halte ich das keineswegs für eine rhetorische Floskel.

Abgesehen davon, dass diejenigen, die vorhandene politische

Strukturen nur abschaffen wollen, bisher eine Antwort schuldig geblieben sind, wie denn dann das entstehende politische Machtvakuum so gefüllt werden kann, dass es nicht zu chaotischen Gewaltverhältnissen kommt. Ein Blick in die Geschichte – auch in die jüngere und jüngste – zeigt, dass ein politisches Machtvakuum immer mit hohen Risiken verbunden ist. Ich votiere hier nicht dafür, dass alles bleiben soll wie es ist. Ich votiere allerdings dafür, dass eine Partei, die sich als Friedenspartei definiert, sich Gedanken macht über die friedenspolitischen Konsequenzen ihrer Forderungen. Sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit.

Zu den in der Linken ungeklärten und in der Tat nur schwer zu beantwortenden Fragen gehört weiterhin die Frage, wie in bestimmten Situationen mit Gewalt umzugehen ist. Ich meine damit z.B. die Situation der Kurden in der Türkei und in Nordsyrien und die der Yesiden während der Angriffe durch den IS. Ich sehe nicht, dass es auf diese Frage eine abschließende Antwort gibt. Sie muss m.E. jeweils neu in der konkreten Situation gefunden werden. Wie auch immer eine Antwort aussieht, muss sie auf eine möglichst schnelle Beendigung von bewaffneten Konflikten zielen und zu politischen Konfliktlösungen überleiten. Aber auch dazu ist eine funktionierende politische Handlungsebene erforderlich die oberhalb der Ebene von Nationalstaaten liegen muss, wenn sie Wirksamkeit entfalten soll. Gerade hier könnte die EU mit ihrer Erfahrung in ziviler Konfliktlösung auch außerhalb ihres Territoriums zur Entschärfung von Konflikten beitragen. Auch deshalb ist eine strake Linke auf EU-Ebene wichtig.

Exkurs: Die Rolle der Berliner Sparpolitik in diesem Konflikt

Dass nationale Außenpolitik hier wenig ausrichten kann und kaum in der Lage ist, über die unmittelbaren Eigeninteressen hinauszublicken, will ich hier kurz anhand des von Merkel mit Erdogan ausgehandelten Flüchtling-Deals nachzeichnen. Die Türkei hatte bereits 2012 die EU um finanzielle Unterstützung für die bereits damals aus Syrien kommenden Flüchtlinge bemüht. Aufgrund der von Berlin durchgesetzten Sparpolitik auf EU-Ebene sind die wiederholt vorgetragenen Unterstützungsbitten der Türkei stets abgelehnt worden. 2014 stieg die Zahl der Flüchtlinge massiv an, aber die Zahlungen an das Welternährungsprogramm der UN, aus dem Flüchtlinge unterstützt werden, wurde nicht aufgestockt infolge der Sparpolitik. 2015 wurden die Zahlungen der EU-Mitgliedsländer drastisch gekürzt. Erst die dadurch ausgelöste Not in den Flüchtlingslagern hat die Flüchtlinge nach Europa getrieben.

Umgekehrt hat die steigende Zahl der Flüchtlinge rechte Populisten in Europa befeuert. Mit der Folge, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel den bekannten Flüchtlingsdeal mit Erdoğan ausgehandelt hat. Offenbar hat der diese Situation der Schwäche, in die die Berliner Sparpolitik die gesamte EU getrieben hat, dazu genutzt, sich von der Bundesregierung zusichern zu lassen, dass man sich aus Erdoğans mörderischer Kurdenpolitik heraushält bzw. die Türkei sogar Waffenlieferung unterstützt – ohne jede Sensibilität für die möglichen Folgen.

Der mittlerweile inhaftierte kurdische Fraktionsvorsitzende der HDP im türkischen Parlament, Selahattin Demirtaş war vor seiner Verhaftung mehrfach in Berlin und auch in anderen europäischen Hauptstädten und hat dort den verantwortlichen Politikern – in Berlin Steinmeier und Gabriel – die Lage in der Türkei erläuterte und um Unterstützung für die Fortsetzung des Friedensprozess gebeten. Das Ergebnis ist bekannt.

Ohne die von Berlin durchgesetzte Sparpolitik der EU hätte es einen anderen Verlauf der Entwicklung geben können. Denn dann hätte die EU die Türkei ab 2012 bei der Versorgung der Flüchtlinge aus Syrien unterstützt können. Die Türkei hatte in 2012 rund 100 000, heute aber zwischen 2 und 3 Millionen Flüchtlinge. Eine materielle Unterstützung wäre eine Entlastung für die Türkei gewesen. Eine finanzielle Unterstützung hätte durchaus auch an eine Verstetigung des Friedensprozesses mit den Kurden geknüpft werden können.

Der Preis, der für diese politischen Fehler, die eine ihrer wesentlichen Wurzeln in der Berliner Sparpolitik haben, ist hoch. Die Kurden, die Menschen im Mittleren Osten bezahlen mit ihrer Zukunft. Und der politische Preis, den die EU und viele der Mitgliedsländer heute zahlen müssen, ist bei weitem höher als eine finanzielle Unterstützung, die 2012 für die Türkei nötig gewesen wäre.

Angesichts der erneuten wirtschaftlichen und politischen Dominanz Deutschlands schauen die Nachbarländer um so genauer auf die Entwicklungen der Bundesrepublik. Als diese Entwicklung die öffentliche Debatte erreichte – etwas 2012/2013 – haben Merkel und Gauck die neue Rolle Deutschland sofort mit der Bundeswehr in Verbindung gebracht und nach deren Funktionsfähigkeit angesichts dieser Rolle gefragt. Weder Die Linke noch die Friedensbewegung hat dem vernehmlich widersprochen und eine zivile Ausgestaltung der neuen Rolle der Bundesrepublik auf europäische und globaler Ebene eingefordert. Ich halte das für einen schwerwiegenden Fehler. Hier wäre ein massiver Druck seitens der Friedensbewegung und der Linken nötig gewesen, den Fokus auf zivile Konfliktlösungsstrategien zu lenken und auf den Sinn der EU als politisch-institutioneller Rahmen für eine nicht-militärische Konfliktregulierung zu verweisen und dessen Ausbau einzufordern.

https://www.unhcr.org/dach/de/

Ich möchte an dieser Stelle noch auf eine andere Entwicklung verweisen, die in der politischen Debatte bisher kaum angekommen ist. Dazu ein Zitat aus dem Wiener „Standard“ vom 4. Januar 2019:

„Mary Kaldor gilt als die Mutter der „Neuen Kriege“. Die

britische Politikwissenschafterin beobachtete in den 1990er-Jahren im zerfallenden Jugoslawien, Bergkarabach und im Ostkongo eine Form von Konflikten, die sich klar von jenen des Kalten Krieges unterschieden: Statt nationaler Armeen kämpften staatliche und nichtstaatliche Akteure gegeneinander und gegen die Regierung. Gesteuert wurden sie nicht von Generälen, sondern von Warlords, die nicht für den Staat, sondern auf eigene Rechnung arbeiteten – weil sie finanziell von der Kriegswirtschaft profitieren. In der Politikwissenschaft ist das Konzept verbreitet, Politiker werden damit vertraut gemacht. In der breiteren Diskussion kommt es trotzdem kaum vor."
(Quelle: derstandard.at/2000095315970/Politologin-Kaldor-ueber-die-die-Atmosphaere-in-der-die-Neuen)

Seit dem Westfälischen Frieden hat sich ein Konzept durchgesetzt, das klar zwischen Krieg und Frieden unterscheidet und Krieg und Frieden in rechtliche Formen gegossen hat. Um einen Krieg zu beginnen, bedarf es bestimmter rechtlicher Schritte in Form einer Kriegserklärung. Ebenso wird der Krieg durch einen Friedensvertrag beendet. Mary Kaldor verweist in dem Interview im „Standard" darauf, dass diese klare Unterscheidung von Krieg und Frieden sich immer mehr auflöst.

Herfried Münkler hat in der Dezemberausgabe 2018 der Blätter für deutsche und Internationale Politik unter dem Titel „Kein Frieden ohne Gewaltmonopol. Syrien, Chemnitz und die Aktualität des Dreißigjährigen Krieges" ähnliche Entwicklungen beschrieben. Er spricht von „hybriden Kriegen", die keine klare Trennung von Krieg und Frieden mehr zulassen.

Triumph des Osnabrücker und Nürnberger Friedens, allegorische Darstellung des Religionsfriedens, 1649. https://de.wikipedia.org/wiki/Westf%C3%A4lischer_Friede#/media/File:Triumphus_Pacis.jpg

Bereits am 1. Februar 2017 hat der belgische Historiker David Engels in einem Interview in der deutschen Ausgabe der Huffington Post die These vertreten: „Wir haben keine Chance, einen Bürgerkrieg zu vermeiden". Damit meint er folgendes:

„Ich glaube allerdings nicht an einen Krieg bewaffneter Bürgerlegionen, dafür ist unsere Politik zu wenig militarisiert. Ich rechne aber mit Vorstädten, die der staatlichen Kontrolle entgleiten. Mit Landstrichen, die von paramilitärischen, ethnischen oder religiösen Gruppen beherrscht werden. Mit überhand nehmender Kriminalität. Mit wirtschaftlichem Bankrott und völligem politischen Immobilismus. Die Bürger Europas werden sich dann mit Freuden dem ersten in die Arme werfen, der dem Kontinent einen funktionierenden Sozialstaat, Ruhe und Ordnung schenkt."

In einigen Dörfern Ostdeutschlands, in denen kaum noch staatliche Institutionen bzw. Repräsentanten des staatlichen Machtmonopols präsent sind, zeigen sich Entwicklungen, die man in diesem Sinne interpretieren kann: so z.B. Dörfer, die von Rechten dominiert werden und in denen sich Bürger*innen kaum noch trauen, diese Entwicklungen öffentlich zu kritisieren, weil sie sich von rechten Terroristen bedroht fühlen.

Ich kann und will an dieser Stelle nicht tiefer auf diese Überlegungen von Kaldor, Münkler und Engels eingehen sondern kann nur empfehlen, sich die genannten Texte einfach mal genauer anzuschauen und zu fragen, welche Konsequenzen aus den dort beobachteten und kommentierten Entwicklungen aus friedenspolitischer Sicht zu ziehen sind und was das im Blick auf die EU und ihre Zukunft bedeutet.

Aus meiner Sicht gilt auch hier, dass einzelne Staaten kaum in der Lage sind, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Das wird nur auf EU-Ebene gelingen. Aber wahr ist auch: Ohne tiefgreifende Reformen der EU wird sie keine diesen Entwicklungen angemessene Antworten finden.

Aus meiner Sicht ist es für Die Linke von zentraler Bedeutung, ihr Verhältnis zur EU zu klären und in der EU nicht die Ursache aller (sozial)politischen Übel zu sehen. Die EU enthält nach wie vor ausreichend Potentiale für eine Politik, die an Frieden, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Ob diese Potentiale zur Entfaltung kommen, hängt letztlich davon ab, wer die Politik auf EU-Ebene bestimmt. Die Linke muss deshalb um die EU kämpfen und darf sie nicht den Rechten und den Nationalisten überlassen. Denn auch ohne die EU gibt es weiterhin den Kapitalismus und auch den Neoliberalismus und auch die NATO und die Kriegstreiber in den EU-Mitgliedsstaaten. Die EU ist aber eine politische Handlungsebene, auf der diesen Entwicklungen etwas entgegen gesetzt werden kann und auf der vor allem eine friedensorientierte Politik für Europa möglich und durchsetzbar ist, wie die letzten 70 Jahre zeigen.

Darum muss Die Linke kämpfen: sowohl in den Mitgliedsländern der EU als auch auf EU-Ebene! Und es reicht nicht nur nicht aus, nur auf die Notwendigkeit einer Überwindung des Kapitalismus zu verweisen, um Kriege zu beenden. Denn diese Haltung ist auch historisch unsinnig. Der Kapitalismus hat ohne Zweifel seine spezifischen Kriegsursachen, er ist aber nicht die Kriegsursache schlechthin. Kriege gab es schon in der Antike und in noch früheren Zeiten, in denen der Kapitalismus noch ein unbekanntes Phänomen war.

Da Europa mehr als einmal den Rest der Welt mit in Krieg, Chaos und Elend gezogen hat, ist es nicht unerheblich, wenn innerhalb Europas Krieg kein Mittel der Politik mehr ist. Das hat nichts mit einer Glorifizierung der EU zu tun. Die ist ebenso unsinnig wie eine Verteufelung der EU. Es geht um eine nüchterne Sachpolitik, die auf Frieden, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften ausgerichtet ist. Keines dieser Ziele kann auf nationalstaatlicher Ebene oder gar unter dem Vorzeichen eines Nationalismus erreicht werden.

Protokoll der Mitgliederversamlung der Linken-Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung am 5.12019 in Erfurt

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Festlegung von Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Bericht von Sprecherin und Sprecher – Aktuelle politische Situation
3. Vorstellung der derzeit laufenden Projekte der ArGe
4. Zukunft der Sommer- und Winterschulen
5. Verschiedenes

1) Begrüßung, Festlegung von Versammlungsleitung und Protokollführung

Die Tagesordnung wird angenommen. Sitzungsleitung: Brigitte Wolf, Wolfgang Freye. Protokoll: Thorsten Jannoff

2) Bericht von Sprecherin und Sprecher

a) Wolfgang Freye berichtet, dass mit Stichtag 31.12.2018 wieder die **Mitgliederzahlen aller Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse** in Hinblick auf die Anerkennung als Bundes AG überprüft werden. Deshalb müssen wir die Mitgliedszahlen erneut nach Landesverbänden erheben. Sie müssen bis Ende März zusammengefasst und an den PV gemeldet werden. Als anerkannter Zusammenschluss erhält die ArGe ein Budget in Höhe von ca. 1.900 Euro, die für die Finanzierung der Berichtshefte eingesetzt werden, sowie das Recht, zwei Delegierte mit beratender Stimme zu den Bundesparteitagen zu entsenden. Benötigt werden in mindestens acht Landesverbänden mindestens ein Zweihundertstel bzw. 0,5 Prozent der Mitglieder. Da die Mitgliederzahlen insgesamt gestiegen sind, ist es gut, dass einige ArGe-Landesgruppen bereits neue Mitglieder gewonnen haben. Die Bundesgeschäftsstelle hat die jeweiligen Mitgliederzahlen zum Stichtag 31.12.18 noch nicht veröffentlicht. Sobald das erfolgt, informiert Wolfgang Freye die ArGe-Landeszuständigen.

b) Wolfgang Freye hat für die ArGe am **Leipziger Parteitag Die Linke im Juni teilgenommen** und in den Politischen Berichten 7/2018 darüber berichtet. An den bundesweiten Treffen der Zusammenschlüsse und Arbeitsgemeinschaften in Berlin hat in der Regel auch ein Vertreter der ArGe teilgenommen.

c) Rüdiger Lötzer referiert zum **Wahlprogrammentwurf Die Linke zur Europawahl,** der anschließend kritisch diskutiert wird. Er ist geprägt von Schwarz/Weiß-Schemata, die EU wird ausschließlich als neoliberal und militaristisch gekennzeichnet. Die überwiegend positive Einstellung der Wählerinnen und Wähler zur EU findet dort keine Entsprechung, so fehlen Bezüge zum positiven Wirken der EU, wie z.B. zum massiven Ausbau des Jugendprogramms Erasmus. Außerdem fehlen Vorstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen sowie zur Entwicklung der Metropolen bzw. Ballungsräume und des ländlichen Raumes. Wenigstens wird darauf verzichtet, die Institutionen der EU anzugreifen und in Frage zu stellen. Die ArGe stellt keine eigenen Änderungsanträge zum Programm, das auf dem Parteitag vom 22. bis zum 24. Februar in Bonn verabschiedet werden soll. Die Mitglieder der ArGe unterstützen mögliche sinnvolle Anträge der Gremien, in denen sie politisch tätig sind.

3) Vorstellung der derzeit laufenden Projekte der ArGe

a) **Projekt Wegmarken,** Rolf Gehring. Das Projekt Wegmarken entwickelt sich sehr erfolgreich. Die europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) wird ein 100-Seiten-Heft mit Projektberichten aus fünfzehn Ländern in acht Sprachen herausbringen, das auch für Seminare mit Europäischen Betriebsräten eingesetzt werden soll. Rolf Gehring bittet die Mitglieder der ArGe, die Patenschaft für ein Land zu übernehmen und sich gegebenenfalls um Autoren aus diesen Ländern für die Hauptartikel zu bemühen, vor allem die Koordinierung von Kalenderblättern zu unterstützen.

b) **Religionsfreiheit und linke Kritik,** Karl-Helmut Lechner. Das Heft „Religionsfreiheit und linke Politik“ stößt auf großes Interesse, so wird sie u.a. beim Gesprächskreis Weltanschauung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang Januar Thema sein. Helmut Lechner plant eine neue, erweiterte Auflage mit ergänzenden rechtlichen Vertiefungen und Stellungnahmen muslimischer Gemeinden.

c) **Rechte Provokationen – demokratische Antworten,** Rosemarie Steffens. Die Rubrik „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“, die Rosemarie Steffens betreut, erscheint in den Politischen Berichten seit 1,5 Jahren. Die Berichterstattung erfolgt in der Regel durch jeweils einen Artikel und zwei Meldungsspalten. Die Schwerpunkte lagen zuletzt bei der Befassung mit der Programmatik und Gesetzesvorhaben der Bundestagsfraktion der AfD sowie aus rechten Umtrieben im Gewerkschaftsbereich. In der Diskussion wurden Vorschläge für die weitere Berichterstattung gemacht, die im Folgenden stichpunktartig wiedergegeben werden:

- AfD und Europawahlen: Die AfD verfolgt die Linie, die EU von innen heraus zu bekämpfen
- Politik der Identitären gegen Gleichheit und für völkischen Nationalismus weiter verfolgen. Kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff Identität, denn Identität kann nur bei den einzelnen Individuen liegen
- Bündnispolitik und Zusammenarbeit linker Politik mit anderen politischen Lagern, wie z.B. den Liberalen bei der Verteidigung der Gewaltenteilung und des Minderheitenschutzes
- Sind die Wähler der AfD alle rechts oder rassistisch? Es gibt Studien, die das verneinen, einiges hängt von der Methodik der Befragungen ab
- Kommt es in Sachsen zu einer Regierungsbeteiligung der AfD?
- Rezension des neuen Buches von Prof. Wilhelm Heitmeyer „Autoritäre Versuchungen“
- Aufgreifen der deutschen Ordnungspolitik als Kontinuiät
- Auseinandersetzung mit der Diskussion um die Weimarer Verfassung
- Es fehlt eine linke Kritik am Nationalismus, der Begriff „Internationalismus“ geht bereits von Nationalität aus
- Entzauberung des Begriffs „Nationalstaat“, der nichts weiter als eine Gebietskörperschaft, bzw. eine Vereinigung von Staatsbürgern auf der Grundlage der Verfassung ist
- Gefahr zunehmenden Terrors auf den Straßen durch gewalttätige Gruppen
- Gefahr der Infiltration von Kultureinrichtungen, Schulen, etc. durch rechte Politik.

d) **Duales System Berufsausbildung,** Johann Witte. Ein Vorschlag von Johann Witte für die Gliederung und Erstellung einer Broschüre zum Thema Berufsausbildung liegt vor, ebenso Thesen zur beruflichen Entwicklung. Diese werden im nächsten Berichtsheft veröffentlicht. Aus der Debatte kam der Vorschlag, für die Broschüre ein Berufsbild als Beispiel für die Entwicklung der Ausbildung zu untersuchen. Das weitere Vorgehen zur Erstellung der Broschüre wird auf der Tagung „Emanzipatorische Arbeitspolitik“ am 11./12. Mai in Sprockhövel besprochen, ebenso in der nächsten Linken Sommerschule in Erfurt.

e) Projekt Lektürebericht Großer Krieg 1914–1918, Ulrich Jäckel, Andreas Adrians. Das Heft soll sich in zwei Blöcke gliedern:
1) Rückblick auf die politische Debatte vor dem Ersten Weltkrieg
2) Aktuelle Kriegszielpolitik bzw. heutige machtpolitische Ziele
Ulrich Jäckel und Andreas Adrians bilden das Redaktionsteam und erarbeiten einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen bis zur Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 13./14. April in Mannheim. Martin Fochler unterstützt das Projekt technisch.
Ausführliche Berichte zu den einzelnen Projekten im Innenteil des Heftes ab der Seite 27.

4) Zukunft der Sommer- und Winterschulen

Es bleibt bei der Durchführung zweier Schulen pro Jahr mit nur noch jeweils einem Kurs. Denn die Durchführung der Projektarbeit bei schwierigen Themen erfordert eine ausführliche Debatte im Plenum, wie z.B. beim Thema Religion. Vorschläge für die nächsten Schulen sind die Themen „Metropolenpolitik/Stadtpolitik“, „Identitätsproblem/Menschenbild“ sowie die weitere Förderung der Projekte.

5. Verschiedenes

a) **Die Berichterstattung zur Winterschule** erfolgt im Berichtsheft, das den Politischen Berichten 2/19 beigelegt wird. Redaktionsschluss ist der 4. Februar, folgende Autoren liefern dazu Beiträge: Ullrich Jäckel und Andreas Adrians zur Materialauswahl der Texte zum Ersten Weltkrieg. Martin Fochler zum Text von Max Weber. Helmut Lechner: Einleitungsvortrag zum Text von Alfred Fried. Eva Detscher: Berichterstattung zur Diskussion mit Erhard Cromme und Jürgen Klute

b) **Die Ankündigung zur Sommerschule** erfolgt ebenfalls im nächsten Berichtsheft. Sie findet statt vom 8. bis 10. August 2019 in Erfurt. Das Hauptthema ist „Identitäres Menschenbild, christliches Menschenbild, emanzipatorische Politik“. Es wird wieder ein Vormittag für die Projektberichte eingeplant. Ebenso ein Nachmittag für eine Diskussionsrunde mit Gästen zum Thema „Ergebnisse der EU-Wahl“. Um einen Gast bemühen wir uns bei der neuen Fraktion Die Linke im EU-Parlament.
c) **Die Redaktion für das Berichtsheft** übernimmt Eva Detscher (eva.detscher@web.de)

Das Projekt Wegemarken der Emanzipation – Sachstandsbericht Februar 2019

Von Rolf Gehring, Brüssel

Die bisher zusammengetragenen Zeitleisten und stärker noch die veröffentlichten Kalenderblätter zeigen ein vielschichtiges Bild emanzipatorischer Bewegungen, wie sie sich in den einzelnen Ländern gebildet haben. Dies betrifft ihre Träger, die konkreten Gegenstände emanzipatorischer Ansprüche an eine selbstbestimmte Lebensgestaltung aber auch ihr zeitliches Auftreten.

Unser gewählter Ansatz aber auch die tatsächliche Bewegung fokussieren auf den Kampf um rechtliche Anerkennung und eine Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen der Staatsgewalt und der Freiheit der Bürger, auf die Weiterentwicklung von rechtliche gefassten und sozialen tradierten Zuständen. Gesetzlich verankerte Individualrechte oder Kollektivrechte sind hier das Ziel.

Komplexer und dann noch einmal bunter wird das Emanzipationsbestreben in Bezug auf den schwerer fassbaren Umkreis der öffentlichen Dienste und Leistungen, die der Mensch in der reifen Industriegesellschaft zum Leben nötig hat. Die Fragen des Zugangs und der Struktur müssen konkret bestimmt werden. (z.B. Schule, Gesundheit, Generationengerechtigkeit und so weiter).

Wenn linke Politik davon ausgeht, dass der Sozialraum eine gemachte Sache ist, eine Konstruktion die auch anders sein könnte, wird die Gestaltung des Sozialraums eine Verhandlungssache. Sie muss dabei den gesamten Zusammenhang von Selbstverwirklichung – Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Sozialstaat umschreiben, um in die Lage zu kommen, Chancen der Kooperation und Gebote der Solidarität zu konkretisieren, um hierfür Koalitionen zu bilden. Linke Politik kann dabei das Streben nach Emanzipation, wie es im Erleben der Einzelnen vorzufinden ist, in doppelter Weise aufgreifen. Erstens als Wächter über Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung. Zweitens durch Gesetzgebung, die den Raum der Emanzipation erweitert und bereichert.

Die Kalenderblätter verdeutlichen hierbei die Notwendigkeit den sozialen Raum als relationalen Raum zu begreifen, den Emanzipationsbestrebungen erfassen müssen, wollen sie „anschlussfähig“ sein oder werden. Die Beiträge zu den Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen, Koalitionsfreiheit oder zur sozialen Sicherung zeigen deutlich das relationale Gefüge in das die jeweiligen Bewegungen eingebettet waren, besser eingebettet sind.

Die italienische Bewegung für einen umfassenden Gesundheitsschutz in den Betrieben und eine Partizipation bei der Risikoanalyse konnte vor dem Hintergrund mehr oder weniger europaweit vereinheitlichter Produktionssysteme und -regime eine grenzüberscheitende Wirkung erzielen. Sie mündete letztlich in der europäischen Rahmenrichtlinie zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Die Ausbildung der industriellen Arbeitsbeziehungen in Frankreich verglichen mit Belgien oder Finnland weisen jedoch ganz unterschiedliche Konstellationen auf. Europaweite Vereinheitlichung wird hier schnell auf Widerstand stossen.

Mit den Kalenderblättern kann zu der Klärung der Frage beigetragen werden welche Gegenstandsbereiche des sozialen und des gesellschaftlichen Lebens
- auf der Ebene der Vereinten Nationen
- auf der Ebene der Europäischen Union
- auf der Ebene des Nationalstaates

gegeben bzw. rechtlich ausgestaltet werden können.

Fortsetzung nächste Seite

Seit Juni 2018 konnte in jeder Ausgabe der Politischen Berichte ein Kalenderballt. Hier das Faksimle der ersten Ausgabe.

Die schweizerische Bundesverfassung von 1848

1848 entstand mit der schweizerischen Bundesverfassung die moderne Schweiz. Aus dem vormaligen losen Staatenbund wurde ein demokratischer Bundesstaat. Dies war nicht nur ein Markstein für die Eidgenossenschaft, sondern auch im internationalen und europäischen Kontext bemerkenswert. Das „Revolutionäre“ an der Verfassung von 1848 war, dass inmitten eines Europas der Monarchien und nach der niedergeschlagenen Revolution in Deutschland tatsächlich ein demokratischer Staat mit Wahlrecht, Parlament, Personenfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit usw. entstand. Heute sind sich die Historikerinnen einig, dass eigentlich 1848 die Schweiz als Staat gegründet wurde und keineswegs beim Rütlischwur 1291, wie das bis heute in einigen Schulbüchern als nationaler Mythos erhalten geblieben ist.

Beeinflusst von der bis 1803 dauernden französischen Besetzung, unter der die Kantone schon einmal zu einer zentralisierten „helvetischen Republik“ zusammengefasst wurden, fanden die Grundwerte der französischen Revolution wie Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung und Freiheitsrechte Eingang in die Verfassung. Von der US-Verfassung wurde unter anderem das Zweikammersystem übernommen. Die Verfassung war allerdings ein Kompromiss, der auf die konservativen Kantone Rücksicht nehmen musste. Die liberal-fortschrittlichen Kantone hatten sich zwar im Sonderbundskrieg gegen die ländlich-konservativen Kräfte durchgesetzt. Der Text der Verfassung musste trotzdem so vorsichtig formuliert werden, damit schliesslich eine Mehrheit der Kantone dahinter stehen konnte. „Den konsequenten Radikalen war ihr Gehalt zu flau, den Konservativen zu revolutionär“, kommentiert der Historiker Peter Dürrenmatt diese knappe Abstimmung. So galt beispielsweise die Niederlassungsfreiheit nur für Christen. Die jüdische Bevölkerung durfte nur in einigen Regionen wohnen und tätig werden. Erst in der revidierten Verfassung von 1874 wurden diese Freiheitsrechte auf alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ausgedehnt.

Robert Grimm, der Organisator der berühmten Zimmerwald-Konferenz im Jahr 1915 und Führer des Landesstreiks von 1918, schreibt über die Verfassung von 1848, sie sei „im Vergleich zu früheren Zuständen ein grosser Schritt“ aber „im innersten Wesen ein bedächtiges und konservatives Verfassungswerk“. Und weiter: „Während sonst Verfassungen revolutionärer Zeiten der geschichtlichen Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus vorarbeiten und in kühnem Wurf den Rahmen spannen, worin sich das staatliche und gesellschaftliche Leben vollziehen soll, hütet sich die neue Bundesverfassung, über die dringendsten Notwendigkeiten hinauszugehen.“

Die Verfassung garantierte zwar die Grundrechte. Als Sozialziel im engeren Sinn war aber einzig die „Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt“ durch den Bund erwähnt.

Erst bei der Verfassungsrevision 1874 wurde dann der Art. 41, der die Grundrechte umschreibt, ergänzt durch die Kompetenz des Bundes, auch im Bereich des Arbeitsschutzes und der Sozialpolitik aktiv zu werden. Einzelne liberale Kantone gingen auch in den Jahren vor 1874 schon weiter. Bereits 1848, im Jahr der Bundesstaatsgründung, wurde im Kanton Glarus Sozialgeschichte geschrieben. In dieser Region hatten sich früh Textilbetriebe angesiedelt, mit den typischen Problemen der Frühindustrialisierung, wie Kinderarbeit, überlange Arbeitszeiten und Unfallgefahren. 1848 wurde dort einer der ersten Fabrikgesetze Europas erlassen, das nicht nur ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren enthielt, sondern auch Höchstarbeitszeiten für die Tagesarbeit und Schichtarbeit. In den folgenden Jahrzehnten folgten noch einige weitere Kantone diesem Beispiel bis dann schliesslich der Arbeitsschutz auch in die Bundesverfassung aufgenommen wurde.

Ein grosser Befürworter einer unabhängigen und demokratischen Schweiz war damals der Dichter Gottfried Keller, der mit seinen literarischen Werken (z.B. in „Fähnlein der sieben Aufrechten“) aber auch in politischen Schriften, wie dem Manifest von 1848, die Verfassungsdiskussion beeinflusste. Keller amtete sogar als zweiter Sekretär des Verfassungsrates und konnte sich so direkt in die Diskussion über die Verfassungstexte einmischen. Er spielte auch bei der folgenden Verfassungsrevision eine wichtige Rolle als Verfechter der direkten Demokratie als Gegenmacht zum wachsenden Einfluss von Industrie und Banken.

Der 1838 gegründete Grütliverein,

Literatur: – Peter Dürrenmatt: Schweizer Geschichte, Zürich 1963 – Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung, Zürich 1971 – Robert Grimm: Geschichte der Schweiz in Klassenkämpfen, Zürich 1976 – Ulrich Hübeln, Walter Haller, Helen Keller: Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Zürich-Basel-Genf 2000

Die folgende Zitatensammlung aus Dokumenten, Literatur und Archiven soll einige Aspekte des Verlaufs (Tagsatzung nach dem Wiener Kongress) der Verfassung und ihrer Wirkungen (soziale Rechte in der Verfassung von Glarus, Asyl für Flüchtlinge) zugänglich machen und zur weiteren Beschäftigung anregen. *Rolf Gehring, Brüssel*

Die Tagsatzung (1814—1848) „Unter dem Druck der Siegermächte beendete die Tagsatzung am 29. Dezember 1813 die Mediation. Ein am 7. August 1815 geschlossenes eidgenössisches Bündnis und die Neutralität der Schweiz wurden vom Wiener Kongress anerkannt. Der Bundesvertrag stellte die Rückkehr zur Selbstbestimmung der Kantone sicher, das Kantonsbürgerrecht wurde wiedereingeführt. Die einzige staatlich-zentralisierte Struktur war die Versammlung der kantonalen Abgeordneten, die sogenannte Tagsatzung. Dort wurden Entscheide über militärische Angelegenheiten und Aussenpolitik gefällt. ...“

Quelle: Schweizer Bundesrat/ – https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/recherchen/themenliste/moderne-schweiz/epoche-der-staende/—die-schweiz-zwischen-1798-und-1848.html – Hier findet sich Zugang zu einer umfangreichen Dokumentensammlung zur Geschichte der Schweiz

Weitere Quellenangaben und Lektüreheinweise unter www.linkeKritik.de, Wegmarken, Schweiz, 1848 Gründung des schweizerischen Bundesstaats, ...ing.De/Liste_wegmarken/1848-19_de_ch/Wegmarken_Gesellschaftsrecht_Ist-2018_1_2.

Aus der Bundesverfassung von 1848

„Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aufen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.“

„Art. 90. Der Bundesrath (...) erstattet der Bundesversammlung ... Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Inneren als nach Aussen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maßregeln treffen, welch er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.“

22 Kalendermeldeten · PB 6/2018

Zeitleisten und Kalenderblätter und das Projekt der EFBH

Durch die Möglichkeit, die Ergebnisse des EFBH-Projektes „Landmarks of social progress“ in unserem Zusammenhang zu nutzen, werden wir den Umfang der dokumentierten Zeitleisten erweitern können. Schwierig gestaltet sich die Kooperation in das östliche Europa. Zugesagt sind hier Zeitleisten aus Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, die in den nächsten zwei Monaten ankommen sollten.Durch das Projekt sind auch Autoren gewonnen worden, die aus anderen Ländern und politischen Zusammenhängen stammen. Das Projekt wird im Juni mit der Veröffentlichung einer Broschüre, die in acht Sprachen aufgelegt werden soll, abgeschlossen. Die Broschüre soll in der Folge dann für Seminarsequenzen in Europäischen Betriebsräten genutzt und in den gewerkschaftlichen Strukturen verbreitet werden. Es ist allerdings auch geplant, die Arbeit nach dem Projekt fortzusetzen. Geplant sind die Erstellung weiterer Zeitleisten und die Arbeit an Zeitstrahlen zu einzelnen sozialen und rechtlichen Errungenschaften, die alle europäischen Länder umfassen sollen.

Für die weitere Projektierung von Kalenderblättern für die Politischen Berichte können die im Rahmen des Projektes entstandenen Kooperationen weiter gepflegt werden. In diesem Zusammenhang würden wir uns auch weiterhin freuen, wenn Genossinnen und Genossen aus dem Umkreis des Vereins sich für „Patenschaften“ bei der Erstellung von Kalenderblättern und der Erstellung neuen und Pflege bestehender Zeitleisten bereitfinden könnten.

„Rechte Provokationen, demokratische Antworten“ – Projektbericht Von Rosemarie Steffens

Bisherige Themen:

Schwerpunkte der bisherigen Ausgaben seit Beginn des Projektes waren die Befassung mit der AfD-Programmatik, ihren Gesetzesinitiativen im Bundestag, Dokumentation von öffentlichen Aktionen und dem Agieren der AfD im Gewerkschaftsbereich sowie die Betrachtung ihrer Wahlerfolge. Rechte Strömungen wie der Antisemitismus und das Gedankengut der identitären Bewegung waren ebenfalls Gegenstand, ebenso unterschiedliche Formen des Umgangs mit den Rechten. Das Ziel, mehr Autorinnen/Autoren zu gewinnen, die (regelmäßig) etwas schreiben, bleibt bestehen.

Künftige Schwerpunkte

• **AfD und Europa:** Die AfD verfolgt die offizielle Linie im Wahlkampf, die EU von innen heraus zu bekämpfen – bei Scheitern ist der „Dexit“ angesagt.
Über die Themen und die Zusammenarbeit der Faschisten (wie Steve Bannon) mit den Populisten im Europawahlkampf wie auch der Fraktionen im Europäischen Parlament sollte kontinuierlich auch in Form von Meldungen berichtet werden. Thilo hat seine Mitarbeit in Aussicht gestellt.

• Wichtig bleibt**, Gesetzesinitiativen und Positionen der AfD im Bundestag zu beobachten** und die Reaktion der anderen Parteien darauf zu verfolgen.
Ggf. auch Artikel der Linken-Bundestagsfraktion für die Politischen Berichte zu organisieren. Die Wochen-Berichte von Gerd Wiegel: „Die AfD im Bundestag“ sind dabei hilfreich.

• **Identitäre**. Die Identitären haben Zuwachs und in der AfD gibt es viele Verbindungen und Sympathien für diese Bewegung. Ein Artikel von H. Kellershohn (Art. PB 12/18) ist inzwischen erschienen. Worin die Wurzeln der Bewegung liegen, welches Menschenbild hier im Mittelpunkt steht, damit wollen wir uns in der Sommerschule 19 befassen.(Existenzialismus? Angriff auf die Gedanken der Aufklärung und den Gleichheitsgedanken der Menschenrechte). Sie zielen auf Provokationen, richten sich an junge Leute mit Aktionsformen, die sie der linken Bewegung entliehen haben, menschenverachtende Inhalte dienen der Aufmerksamkeit. Das neu erschienene Buch von Andreas Speit, „Identitäre Netzwerke“ könnte besprochen werden

• I**nnerhalb der Rechten findet ein Brutalisierungsprozess statt,** das Monopol des Staates, dagegen einzugreifen, wird in Frage gestellt. Die Linke kommt ihrerseits mit Provokationen gegen die Rechtspopulisten auch nicht weiter. Das Ziel, die AfD in Hessen unter 10 % zu drücken, oder gar ihren Einzug in den Landtag zu verhindern, ist nicht geglückt. Man muss sich deutlich gegen Strömungen innerhalb der antifaschistischen Bündnisse aussprechen, Jagd auf Rechte zu machen.
Das Gewaltenteilungsprinzip und der Minderheitenschutz des Grundgesetzes muss verteidigt werden, hier könnten auch liberale Ansätze aufgegriffen werden.

• **Gut wäre, das Thema Streitkultur – Eristik** (rhetorische Kniffe)**, Fairness – aufzugreifen**. Interessant sind Beispiele, wie antifaschistische Persönlichkeiten wie der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und der Liberale Ralf Dahrendorf 1966 eine Podiumsdiskussion mit v. Thadden (NPD) in der Universität Frankfurt a.M. moderiert haben, um die NPD bloß zu stellen.

• Zur Unterstützung einer Politik, die die **Ursachen der AfD-Wahlerfolge** bekämpft, wäre auf die genaueren Erforschung der Gründe dieser Wählerinnen und Wähler Wert zu legen.
Die Studie Rückkehr zu den politisch Verlassenen des Progressiven Zentrums hatte z.B. zum Ziel, durch Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich in Form der offenen Fragemethode den Befragten die Möglichkeit zu geben, ihre Kritikpunkte an ihren Lebensverhältnissen konkret darzustellen. Im Ergebnis relativierten sich Behauptungen über rassistische Vorurteile in dieser Wählerschaft, oder fielen sogar in sich zusammen. Für die (Kommunal-)politik können sich dadurch Handlungsmöglichkeiten eröffnen.
Beispiele solidarischer Politik – EU-weit -, die vorbeugend und ausgleichend gegen Spaltungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wirken, können Anregungen bieten. Besprechung der Studie kann erscheinen.

• **AfD als wahrscheinlich zukünftige Regierungspartei in Sachsen.** Was hat die Linke in Sachsen vor, wenn es zu einer Regierungsbildung mit der AfD kommt? Wo kann Unterstützung herkommen, sind Bündnisse möglich? Artikel der Linken-Fraktion im Landtag Sachsen ist in Aussicht.

• **Gedenken an die Nazi-Pogrome.** Gelungene Beispiele, wie Städte und Landkreise dieses Gedenken aktiv gestalten, auch mit Blick auf heutige Ziele rechter Politik, sind wichtig, auch um nicht zu vergessen, wohin identitäres, rassistisches, völkisch-nationalistisch Gedankengut führen kann. Siehe dazu Bericht von Ulrike Küstler über das „Hotel Silber“ in Stuttgart.

Zur Diskussion mit weiteren inhaltlichen Anregungen siehe Protokoll von Thorsten Jannoff in diesem Rundbrief sowie die auf Seite 24 begonnene Vorbereitung der Sommerschule 2019.

„Was sich ereignen kann, hängt ab von den Beständen" (Luhmann: „Soziologische Aufklärung, Köln 1970)

Projekt: Duales System der Berufsausbildung Thesen zur Geschichte

Von Johann Witte, Bremen

Vorgeschichte

1. Die ständische Berufsausbildung im Handwerk war in Mitteleuropa seit dem 11./12. Jahrhundert das einzige vorindustrielle Grundmuster von Erwerbsqualifizierung. Ohne die Entwicklung des Städtewesens im Hochmittelalter wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Handwerker strömten in die Städte und schlossen sich dort zu Zünften zusammen, um gegen die politisch dominierenden Kaufmannsgilden bestehen zu können. In größeren Städten lag der Anteil der Handwerker an der Gesamteinwohnerschaft z.T. über 50%. Berufsausübung und Berufserziehung waren im mittelalterlichen Zunftwesen fest eingefügt. Trotz regionaler Unterschiede (in Norddeutschland gelang es den Zünften der Handwerker nur selten, die Patrizier (Kaufleute) von der Macht zu verdrängen) entwickelten sich die städtischen Verfassungen allgemein genossenschaftlich: Die Zünfte wurden in Europa zur allgemeinen Organisationsform für viele/alle Personenverbände, die alles zu regeln versuchten, was zur Lebensbewältigung beitrug.

2. Die handwerkliche Standeserziehung war geprägt durch das Prinzip des Nachahmens: über Vorleben und Nachahmen sollten die bewährten Normen des Standes verinnerlicht, die überkommenen Bestände angeeignet und als verpflichtende Gewohnheit weiter vermittelt werden. Abweichungen waren nicht vorgesehen und hätten ein Potential von Gefährdung und Risiko in die geschlossene ständische Welt gebracht. Der Lehrling trat ein „in das Haus des Meisters" und damit auch in dessen Familie. Imitation der beruflich-fachlichen Kompetenzen des Meisters und Identifikation mit seinen personalen Fähigkeiten im Rahmen des umfassenden Gewohnheitsrechts der Zünfte bestimmten dieses Modell beruflichen Lernens. Der Erziehungsgang war gestuft vom Lehrling über den Gesellen zum Meister, kannte aber nur den Qualifikationsnachweis des Meistertitels, der durch eine Prüfung erreicht werden konnte. Die Bewerbung um eine Lehrstelle verlangte den Nachweis der ehelichen und christlichen Geburt. „Fahrendes Volk" (unehrliche Leute) und Unfreie waren genauso wie Mädchen vom Zugang zum Handwerk ausgeschlossen. Nach Ende der Lehre war die Freisprechung vor der Zunft entscheidend für die Aufnahme in die Gesellenbruderschaften und die Entlassung aus dem Meisterhaushalt.

3. Die kaufmännische Berufsausbildung entwickelte sich im Mittelalter ähnlich der Ausbildung im Handwerk. Mit der Entwicklung der Städte kam es zur Sesshaftigkeit der „Wanderhändler" und zur Entstehung von Kaufmannsgilden. Die Steuerung der Tätigkeit vom Kontor aus verlangte höhere Qualifikationen von den Kaufleuten. Neue Techniken (Rechnen mit arabischem statt römischem Zahlensystem, Versicherung von Waren und Transportmitteln, Wechselverkehr und schließlich von Norditalien aus die Einführung der doppelten Buchführung) wie auch die Bildung von Handelsgesellschaften wurden notwendig. Allein durch Beobachtung und Imitation war den neuen Anforderungen nicht mehr nachzukommen. Lesen, Schreiben, Rechnen und später auch Buchhaltungstechniken wurden neben der betrieblichen Lehre in städtischen oder privaten Lese- Schreib- und Rechenschulen gelernt. Für die kaufmännischen Lehrlinge gehörte zur Ausbildung immer ein längerer Aufenthalt in entfernten Niederlassungen der Handelsgesellschaften. Die Lehrlinge der Hanse lernten z.B. mehrere Monate in Nowgorod, Bergen, Brügge oder London. Daneben war die kaufmännische Ausbildung aber wesentlich weniger strukturiert als die handwerkliche. Ab dem 16. Jhd. verloren die großen (Familien-)Handelsgesellschaften (Fugger, Welser, Hanse…) durch die Verlagerung der Handelsströme von Ostsee und Mittelmeer auf den Atlantik und schließlich durch den 30-jährigen Krieg zunehmend an Bedeutung. Ein Modernisierungsschub ergab sich für die betriebliche Lehre dadurch aber nicht. Selbst mit der Entstehung von Manufakturen blieb für die Mehrheit der Kaufleute ein „standesgemäßer" Lebensstil und ein entsprechendes Auskommen wichtiger als die Gewinnorientierung.

4. Von 1500 bis 1800 wurden dem mittelalterlichen Berufs- und Erziehungsmodell langsam die Grundlagen entzogen. Nach dem 30-jährigen Krieg gingen die Landesfürsten als Sieger aus den Konflikten hervor und konnten ihre Herrschaft u.a. auch gegenüber den freien Städten ausweiten und sie in ihre Einzelstaaten einbeziehen. Der fest umgrenzte Lebensraum des Handwerks und seine soziale und professionelle Geschlossenheit löste sich langsam auf. Im Merkantilismus wurden Manufakturen als großräumige Handwerksbetriebe gefördert und damit der Übergang vom mittelalterlichen Stadthandwerk zum Fabrikwesen befördert. Auch durch ihre Zunftpolitik versuchten die absoluten Fürsten mit „Reichsabschieden" gegen „Missbräuche in den Zünften" in deren Autonomie einzugreifen. Der letzte „Reichsabschied" in Sachen Zünfte aus dem Jahre 1731 wurde unter Führung Preußens von den größeren Staaten durchgesetzt und beendete die Zeit der autonomen Handwerkskultur. Für eine Neugestaltung der Handwerksverhältnisse reichten diese Beschlüsse aber nicht aus. Hierfür ausschlaggebend war die im Zuge der napoleonischen Kriege in Deutschland eingeführte Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit im Jahre 1810 – wenn auch nur unvollständig umgesetzt.

5. Schon die preußische Gewerbeordnung von 1845 schränkte die Gewerbefreiheit durch Kompromisse gegenüber dem alten Mittelstand (dem Handwerk) wieder ein, indem sie die Selbstverwaltung in Form von Innungen und umgewandelten Zünften

Abb._Series of Catalan popular tiling from anonymous designs originals since the 17TH century. Els rajoles dels oficis; Museums of art in Barcelona (newsletter in catalan); pages 193] Gemeinfrei. https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Guilds?uselang=de#/media/File:Azulejo_oficios-Pasamanero10.png

bestätigte. Die Lehrlingsausbildung wurde durch offizielle Prüfungen stabilisiert. Im Zuge der Revolution von 1848 konnten Handwerksvertretungen überregionalen Einfluss gewinnen. Der parallel zur Frankfurter Nationalversammlung tagende „Allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß“ forderte mit seinen „Grundzügen einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbegesetzgebung für Deutschland“ faktisch die Wiederherstellung der Handwerkerrechte vergangener Jahrhunderte. In Preußen führte dies 1849 zu einer Änderung der Gewerbeordnung in Richtung der Interessen des Handwerks.

Die Entstehung des Dualen Systems der Berufsausbildung in Deutschland (1870 bis 1920)

1. Im neugegründeten Deutschen Reich kam es nach den „Gründerjahren“ (1871-73) zu einer in drei Abschnitten bis ca. 1895 andauernden Wirtschaftskrise, die eine pessimistische Stimmung und soziale Unzufriedenheit beförderte. Der alte Mittelstand (Handwerker, Kleinhandel, Kleinbauern) sowie das Industrieproletariat wurden in die Politik hineingezogen. Auf der anderen Seite führte diese Zeit zum Durchbruch von großer Industrie und Massenfabrikation. Die Bedeutung des Handwerks nahm rapide ab: die Beschäftigtenanteile in Betrieben von 1 bis 5 Mitarbeitern schrumpften von 60,23% im Jahre 1875 auf 39,87 % im Jahre 1895, die Anzahl dieser Betriebe ging absolut zurück. In den weiter entwickelten Industriegebieten war die Anzahl der Beschäftigten in Großbetrieben teilweise schon doppelt so groß.

2. Unter anderem die liberale Gewerbeordnung des Deutschen Bundes 1869 beförderte die Auflösung der traditionellen Lehre im Handwerk und wurde z.T. für das Sinken der Ausbildungsqualität, für Vertragsbrüche der Lehrlinge und für die „Lehrlingszüchterei“ verantwortlich gemacht. Abgeschafft hatte die Gewerbeordnung den Befähigungsnachweis, die Schriftlichkeit des Lehrvertrags, das Eintragen in die Lehrlingsrolle und das Verbot kontraktbrüchige Lehrlinge zu beschäftigen. Praktisch wurde der Lehrvertrag zum Privatvertrag. Ein einheitliches Bild gab es in Deutschland 1875 trotzdem nicht. Regional entwickelten sich verschieden strukturierte Ausbildungsprofile je nach Stärke der zünftlerischen Traditionen.

3. Unter solch unterschiedlichen Voraussetzungen kam es in Deutschland zur Begründung eines Modells der Erwerbsqualifizierung ohne Teilnahme und Interesse der Industrie. Handwerkliche Betriebslehre und Fortbildungsschule (später Berufsschule) entwickelten sich zuerst getrennt. Das „Duale System“ entstand schließlich als Nebenprodukt der Mittelstandspolitik des Kaiserreichs. Mit der Wirtschaftskrise ab 1873 gerieten die Kräfte des Wirtschaftsliberalismus und des Freihandels in die Defensive, während die Unterstützer des Protektionismus („Schutzzollbewegung“) an Einfluss gewannen. Dagegen wehrten sich schließlich nur noch Sozialdemokraten und Linksliberale. Mit vielen Gesetzesnovellen (u.a. „Handwerkerschutzgesetz“ 1897) wurden u.a. Handwerkskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die fakultative Zwangsinnung, 1908 schließlich der „kleine Befähigungsnachweis“ (die Lehrlingsausbildung durften nur geprüfte Meister durchführen), Einführung der Probezeit und die dreijährige Lehrzeit eingeführt. Damit wurde die Handwerksausbildung Vorbild der nicht-akademischen Ausbildung in Deutschland. Dieses „innenpolitische Rückversicherungssystem … der ‚staatserhaltenden Kräfte‘ gegenüber sozialrevolutionären Erschütterungen und parlamentarischer Majorisierung“ (H.A. Winkler) ermöglichte Handwerk, Kleinhandel und Landwirtschaft ein Leben abseits kapitalistischer Konkurrenz.

4. Die Gewerbeordnung von 1897 regelte die Lehrlingsausbildung in „allgemeinen“ und „besonderen“ (d.h. nur auf das Handwerk bezogenen) Grundsätzen. Der Grundsatz, die Lehrlingsausbildung nur Meistern und Fabrikanten zu unterstellen, erhielt sich als „korporatistischer“ Verfassungsgrundsatz im Kern bis heute. Schon 1881 wurde die Verantwortung für das Lehrlingswesen vollständig auf private Träger – den Innungen – übertragen. Seitdem ist Berufsausbildung in Deutschland „Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft“. Die Innungen wurden öffentlich-rechtliche Einrichtungen und zuständig für die Berufsausbildung im Handwerk. Die Handwerkskammern sind den Innungen als Beschlussorgane vorgesetzt und u.a. zuständig für die Bildung von Prüfungsausschüssen. Sie erhielten faktisch das Prüfungsmonopol.

5. Im kaufmännischen Bereich kam es erst gegen Ende des 19. Jhd. zu Veränderungen, da die Betriebsgrößen lange klein blieben. Zunehmende Vermögensunterschiede unter den Kaufleuten und der Rückgang des Anteils der „allgemeinen Kaufleute“ und die zunehmende Bedeutung von „Spezialkaufleuten“ im Warenhandel(Groß- und Einzelhändler, Makler, Kommissionäre…), Finanzwesen (Bankiers, Versicherungskaufleute) Transportgewerbe (Spediteure, Reeder…) und der Industrie (Fabrikanten) führten zu Differenzierungen im kaufmännischen Tätigkeitsfeld. Die Orientierung der Handelsgehilfen an der zukünftigen eigenen Selbständigkeit verlor mit der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften durch Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und sich ausweitender Staatstätigkeit an Bedeutung. Für die männlichen Handlungsgehilfen in den Industrieverwaltungen und im Einzelhandel erschien die Frau als Konkurrenz und teilweise auch als Erklärung für den Verlust ihrer privilegierten Stellung. Inhaltlich war die kaufmännische Ausbildung nach wie vor ungeregelt, Gewerbeordnungen und Innungssatzungen enthielten nur einige Festlegungen von Rechten und Pflichten der Lehrherren und der Lehrlinge. Der „Lehrbrief“ des Lehrherrn war für die Handelsgehilfen die einzige Möglichkeit eine Lehre nachzuweisen, da es keine Prüfungen gab. Kritik an der unzulänglichen Ausbildung als „Lehrlingszüchterei“ gab es zuhauf. Für weibliche Jugendliche gab es noch bis in die 50er Jahre des 20. Jhd. neben der Lehre im Einzelhandel nur die Möglichkeit durch eine vollzeitschulische Bildung in Handels- und Höheren Handelsschulen, in kaufmännischen Berufen zu arbeiten.

6. U.a. die Auflösung des noch Anfang des 18. Jhd. ständisch gefestigten Erziehungsprozesses im Handwerk (die Welt des „ganzen Hauses“) ließ in der Sozialisation der kleinbürgerlichen und proletarischen Jugendlichen zwischen Volksschulabschluss und Militärdienst eine „erzieherische Lücke“ entstehen, die durch die politische Formierung der Arbeiterbewegung und das allgemeine Wahlrecht für Männer verstärkt und von konservativen Kräften als Bedrohung empfunden wurde. Vertreter der Liberalen (die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“, das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen) traten gegen Konservative und das Zentrum an, um die allgemeine Fortbildungsschule/Arbeitsschule zu entwickeln. Zentrum und Konservative kämpften dagegen, weil die Fortbildungsschule keinen Religionsunterricht aufwies und die Geistlichkeit weder in Schulaufsicht noch in den Schulkuratorien vertreten war. Vor allem wurde die Fortbildungsschule auch als Mittel gesehen, dem „roten Umsturz“ entgegenzuwirken. Mit ähnlicher Zielrichtung wurden auch Einrichtungen der Jugendpflege entwickelt. Ab 1873 wurde in vielen deutschen Staaten eine dreijährige Fortbildungsschulpflicht für männliche Jugendliche eingeführt. 1891 wurde die Fortbildungsschulpflicht auf Handelslehrlinge, 1900 auf weibliche Handlungsgehilfen und 1911 auf weibliche Arbeiter unter 18 Jahren ausgeweitet.

7. Der Lehrplan war mit Lesen, Schreiben, Rechnen und „Realien“ der Volksschule entlehnt. Kritik daran formulierte G. Kerschensteiner: die Fortbildungsschule sei „den Schülern gleichgültig, den Meistern lästig, den Lehrern ein Gegenstand vergeblicher Liebesmüh“. Gefordert wurde auf „Fortbildungsschultagen“, dass die Fortbildungsschule eine „Berufsschule“ sein müsse. Diese Schule als Ergänzung zur Betriebslehre war nur durchsetzbar, indem man das Modell an die vorindustriellen Ausbildungsinteressen des Handwerks anpasste. Zur Durchsetzung trug dann wesentlich G. Kerschensteiner bei, der als Münchner Stadtschulrat dieses beruflich organisierte Fortbildungsschulmodell umsetzte und auch eine Legitimationsgrundlage lieferte. Erziehung zu Arbeit und Beruf ist für die „handarbeitende Bevölkerung“ gleichzeitig Medium der politischen Erziehung; nur die Berufserziehung fördert nach Kerschensteiner die Entwicklung der bürgerlichen Tugenden, die als Grundlage aller höheren sittlichen Bildung zu betrachten sind – Gewissenhaftigkeit, Fleiß, Beharrlichkeit, Selbstüberwindung… Diese Tugenden sind gleichzeitig das Fundament aller wichtigen Staatsbürgertugenden. Ein 1907 in Preußen herausgegebener Erlass setzte das Berufsprinzip für gewerbliche und jetzt auch kaufmännische Fortbildungsschulen durch. Das Kernfach des späteren Berufsschulcurriculums „Bürger- und Berufskunde“ stellte mit den Elementen Fachkunde, Geschäftskunde und Bürgerkunde die Verknüpfung von Staatsbürger- und Berufserziehung dar. Berufliche Bildung im deutschen Kaiserreich war damit Element moderner Wirtschaftspolitik und gleichzeitig konservativer Gesellschaftspolitik.

8. Betriebslehre und Fortbildungsschule wurden vor 1914 von politisch unterschiedlichen und z.T. auch gegensätzlichen Kräften gestützt; die Betriebslehre entsprach eher einem wirtschaftsliberalen Konzept, die Fortbildungsschule z.T. eher einem konservativ-klerikalem. Auch aus weiteren Gründen war die Berufsausbildung bis dahin kein entwickeltes System. Da die Industrie davon ausging, dass ihre Arbeitsorganisation „gelernte“ Arbeiter überflüssig mache, gab es ein gespaltenes Berufsbildungsrecht: einmal für die Lehrlinge im Handwerk und andererseits für die jugendlichen Arbeiter als „Anlernlinge“ in der Industrie. In der Folge existierte auch kein einheitlicher „Ausbildungsmarkt“.

Die Festigung des Dualen Systems (1920 bis 1970)

1. Ein Gegensatz zwischen dem industriellen und dem traditionellen Wirtschaftssektor bestand in Deutschland bis in die Mitte der 50er Jahre. Die Mehrheit der Auszubildenden befand sich in Handwerk, Landwirtschaft, Einzelhandel und Hauswirtschaft und damit im traditionellen Sektor. Austauschprozesse zwischen beiden Sektoren waren folgendermaßen ausgebildet:

– der traditionelle Sektor diente als Arbeitskräftereservoir
– Lohnarbeit im industriellen Sektor deckte die Lebensbedürfnisse an Gütern und Leistungen des traditionellen Sektors
– Bezüge des traditionellen Sektors aus dem industriellen tragen investiven Charakter

Mit der allgemeinen Stockung/Depression in Europa von 1914 bis 1950 endete eine Prosperitätsphase gegründet auf wachsende Importe und wirtschaftliche und politische Expansion. Die 1950 einsetzende erneute Prosperität war dagegen gegründet auf eine wohlfahrtsstaatliche Politik (u.a. Ausschaltung der „Reservearmee“) und die sich entwickelnde Absorption des traditionellen Sektors durch den industriellen. Durch diese Überwindung des „Wirtschaftsdualismus“ verringerten sich allerdings auch die Wachstumsimpulse.

2. Diese Entwicklung kann die lange Stabilität des handwerklichen Ausbildungsmodells wie auch die nur langsame Ausgestaltung eines zu Beginn schmalen Qualifizierungssegments durch die (Produktionsmittel-)Industrie erklären. Ebenfalls verschwindet mit dem Rückgang des traditionellen Sektors auch sein stabilisierender Einfluss auf das Berufswahlverhalten großer Bevölkerungsgruppen. Zugang zu privilegierten Positionen war zunehmend nur noch über Gymnasium und Hochschule möglich.

3. Kritik der Industrie am „Künstlerschlendrian“ (Siemens) der handwerklichen Ausbildung führten 1908 zur Gründung des „Deutschen Ausschusses für das Technische Schulwesen“ (DATsch) durch den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) und den Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA). Der DATSch entwarf einen ersten Teil der industriellen Lehre in Lehrwerkstätten nach einem genauen Ausbildungsplan unter „geeigneter Leitung“ und Theorievermittlung in werkseigenen Schulen. 1925 wurde der „Arbeitsausschuss für Berufsbildung“ durch DATSch, Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Industrie- und Handelstag gegründet. 1919 entstand der erste Lehrgang für Maschinenschlosser. Eine Systematik der Industrieberufe mit der Unterscheidung von Facharbeitern, angelernten und ungelernten Arbeitern mit Berufsbildern und einheitlichen Berufsbezeichnungen wurde entwickelt. Ab 1935 wurde im Streit zwischen Handwerk und Industrie um die Abschlussprüfungen die Zuständigkeit der Industrie und Handelskammern für die Facharbeiterprüfung und die Gleichstellung mit der handwerklichen Gesellenprüfung wie auch mit der kaufmännischen Gehilfenprüfung festgelegt.

4. Das vom „Verein Deutscher Eisenhüttenleute“ 1925 gegründete „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ (DINTA) entwickelte eine ideologische Ausrichtung. Ziel war der „Kampf um die Seele des Arbeiters“, wobei dieser als Akteur im Produktionsprozess gestärkt, die Opposition zwischen Arbeiter und Unternehmer aufgelöst und eine „wirtschaftsfriedliche“ Arbeiterschaft erzogen werden sollte. Im DINTA setzte sich bis zu ihrer Eingliederung in die Deutsche Arbeitsfront 1933 als „Amt für Berufserziehung und Betriebsführung“ die Tendenz zu „Werkgemeinschaft“ und das „Führerprinzip“ durch. Trotzdem blieben die Zuständigkeiten für die Ausbildung bei den Kammern. Im „Vierjahresplan“ wurde die Rolle der Wirtschaft gegenüber der Partei gestärkt.

5. In Deutschland gelang es der Industrie ein zünftlerisch-handwerkliches Ausbildungssystem in ein industrielles zu verwandeln, das durch drei Merkmale gekennzeichnet ist:

– Die Lehrwerkstatt mit der Werkschule.
– Standardisierte Lehrgänge und Lehrmittel
– Berufsbild, Ausbildungsplan und Prüfungsanforderungen

1890 wurde von Schuckert & Co in Nürnberg die erste Lehrwerkstatt eröffnet; 1912 gab es davon 12 in der großen Industrie, 1926 schließlich 175 Lehrwerkstätten davon 108 in den Reichsbahnbetrieben. 1940 gab es schließlich 3304 Lehrwerkstätten. Zentrales Element war hier der Lehrgang, d.h. die Zerlegung ganzheitlicher Arbeitsvorgänge in Einzeloperationen (Feilen, Biegen, Bohren, usw.) die mit steigender Schwierigkeit auf Grundlage von Übungsstücken wieder zu Lerneinheiten zusammengefügt wurden. Der erste Lehrgang Metall stammt aus dem Jahr 1870 und wurde auf der Manufakturausstellung in St. Petersburg vorgestellt. In Deutschland stammte der erste Lehrgang 1913 von der AEG. Der AEG-Maschinenschlosserlehrgang von 1919 wurde von dem DATSch entwickelt, das in den 20er Jahren viele weitere Lehrgänge konzipierte. Eine Traditionslinie, die bis zum Bundesinstitut für Berufsbildung nach 1945 reicht. Der berüchtigte

Einladung zur Sprockhöveler Tagung „Emanzipatorische Arbeitspolitik“

Eine nächste Gelegenheit zur Diskussion des Gegenstandes und der hier vorgestellten Entwicklung und ihrer Einschätzung w**ird es im Rahmen des Sprockhöveler Treffens „Emanzipatorische Arbeitspolitik“ geben. Das Treffen wird am** 11. und 12. Mai in Sprockhövel, Bildungszentrum der IG Metall. Otto Brenner Str. 100, 45549 Sprockhövel stattfinden. Dort wird der Forschungsstand vorgestellt und Zeit sein, der Frage aktueller Veränderungen in den beruflichen Anforderungen und in den Arbeitsbeziehungen nachzugehen. Eine **Einladung f**ür das Treffen wird in den Politischen Berichten 3/2019 erscheinen. **Anmeldungen** sind ab sofort bei Rolf Gehring möglich: rgehring@efbh:be

Lehrgang „Eisen erzieht“ beruhte auf einem DINTA-Konzept von 1935 und verband Berufserziehung mit Betriebsgemeinschaftsgedanken und faschistischer Ideologie. Die Werkschulbewegung der Industrie war dagegen wenig erfolgreich und endete schon in der Weltwirtschaftskrise 1929. 1932 akzeptierte der Deutsche Industrie- und Handelstag die öffentliche Berufsschule als zweiten Lernort.

Mitte der 30er Jahre wurde ein Ordnungskonzept vom DATSch entwickelt: das Berufsbild wurde Bestandteil des Einheitslehrvertrags, die Festlegung von Prüfungsanforderungen und Berufsausbildungsplänen unterstützte die Einführung von Facharbeiter- und Gehilfenprüfungen. Dazu gehörte auch ein Verfahren zur Abgrenzung, Systematisierung und Anerkennung von Facharbeiterberufen. Nach 1945 wurde diese Tätigkeit praktisch von der „Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung“ fortgeführt. Auch das Handwerk erhielt ab 1935 eine zentralistisch ausgerichtete Rechtsstruktur und näherte sich so den Ordnungsprinzipien industrieller Berufsausbildung.

6. Nach dem Scheitern des Sozialistengesetzes sollte die Schule als Kampfinstrument gegen die Sozialdemokratie eingesetzt werden. Während diese Strategie gegenüber dem Gymnasium mit seiner humanistischen Bildungstradition wenig erfolgreich war, kam diese Vorstellung bei der Fortbildungsschule eher an. Die Fortbildungsschule – gegenüber dem allgemeinen Bildungswesen isoliert – war faktisch eine Bildungssackgasse. Mit dem Abschlusszertifikat war keinerlei Berechtigung für eine weitere Schulbildung oder der Eintritt in Laufbahnen oder Ämter möglich. Die Vorstellung Kerschensteiners zeigte hier einen Ausweg: Integration nicht über normative Indoktrination und Disziplinierung sondern soziale Integration der unteren Schichten über den Beruf. In der „neuen“ Berufsschule wurde nach 1918 mit der staatstragenden Funktion von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf die ideologische Bekämpfung des Sozialismus verzichtet und eine berufsorientierte Didaktik entwickelt. In der Weimarer Republik gelang es der Sozialdemokratie, den Demokraten und dem Deutschen Lehrerverein allerdings schon in der Nationalversammlung nicht, ihre Vorstellungen einer Schulreform durchzusetzen („Weimarer Schulkompromiss“). Einzig ein Grundschulgesetz konnte 1920 erreicht werden. Alle Bemühungen auf Grundlage der in der Reichsverfassung festgelegten Fortbildungsschulpflicht für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ein Reichsgesetz über die Berufsschulpflicht mit Verlegung des Unterrichts auf die Tages-/Arbeitszeit mit mindestens 320 Unterrichtsstunden im Jahr zu erreichen, wurden schließlich von den Ländern blockiert. Rechtsgrundlage blieb wie vor 1918 die Reichsgewerbeordnung, die die Kommunen ermächtigte, für berufstätige Jugendliche den Besuch einer Fortbildungsschule verpflichtend zu machen.

7. Inhaltlich setzte sich in den 20er Jahren die Vorstellung durch, die Berufsschule sollte durch Ergänzung/Vertiefung der betrieblichen Ausbildung der Jugendlichen ihre leistungsfähige Teilnahme am Arbeitsleben fördern. Diese Aufgabenstellung wurde schon in der ersten Krise der Republik (1923-1926) durch die ansteigende Jugendarbeitslosigkeit bedroht. Hinzu kamen ab 1931 Sparverordnungen der Länder auf Grundlage der Notverordnungen des Reichspräsidenten. Arbeitslose Jugendliche ab 16 Jahren konnten ab 1923 von der Erwerbslosenfürsorge zum Berufsschulbesuch gezwungen werden. Ab 1926 waren diese Maßnahmen schon ab dem 14. Lebensjahr möglich. Damit wurde die Berufsschule zur öffentlichen Pflichtschule. Diese Art von „Benachteiligtenförderung“ hat sich bis heute erhalten und nimmt Jugendliche auf, die keinen Ausbildungsplatz finden. Das Konzept von Berufsbildung in der Berufsschule wurde dadurch wesentlich erschwert und die Berufsschulen ab 1929 immer mehr zu einem Instrument der Sozialpolitik. Mit der Abschaffung des Kulturföderalismus 1934 wurden durch das „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ Maßnahmen zur Festigung der klassischen Pflichtberufsschule getroffen. Gleichzeitig wurde versucht, die begonnene Verselbständigung der Berufsschule gegenüber der „Wirtschaft“ rückgängig zu machen. 1937 wurden reichseinheitliche Bezeichnungen (Berufsschule, Berufsfachschule und Fachschule) eingeführt, gefolgt 1938 von der Einführung der allgemeinen Berufsschulpflicht, mit der auch der Zweck der (rüstungs-) wirtschaftlichen Eingliederung und ideologischen Beeinflussung verfolgt wurde. Im Vergleich zur betrieblichen Lehre wurde die Berufsschule aber weiter vernachlässigt.

8. Schulrechtlich war damit die Berufsschule als nicht-schulisches Ausbildungsmodell mit dreijähriger Berufsschulpflicht, reichseinheitlichen Lehrplänen und enger Anlehnung an die betriebliche Ausbildung fixiert, das nach 1945 im Westen Deutschlands mehr oder weniger ohne Unterbrechung fortgeschrieben wurde. Durchgeführt wurde diese Politik von den wieder zuständigen Bundesländern.

Die „berufliche“ Ausrichtung der Berufsschule als „Schule der Wirtschaft“ führte in der gewerblichen wie der kaufmännischen Ausrichtung ab 1923 zur Betonung von „Fachkunde“ bzw. „Handelskunde“ um die „Berufstüchtigkeit“ der Auszubildenden zu steigern. Der erste Fachkundelehrplan für Maschinenschlosser 1929 war gekennzeichnet durch drei Prinzipien: die Anpassung an den Ausbildungsgang im Betrieb, die sachlogische Anordnung der Unterrichtsinhalte und die methodische Gestaltung des Stoffs. Auch weitere Lehrpläne wurden ab 1940 als „Reichslehrpläne“ zentralisiert und mit der vollständigen Unterordnung der Berufsschule unter die Interessen der Betriebe wurden die Berufsschulen auf eine „DIN-Pädagogik“ ausgerichtet. Eine eigenständige Didaktik entwickelte sich erst nach 1945 wieder („experimentelle Werkkunde“ u.ä.). Die „Verberuflichung“ der Berufsschule lässt sich auch an der Vernachlässigung des Fachs Sozial-/Gemeinschaftskunde bzw. Politik ablesen. Ein pädagogisches Konzept, das den „Beruf als wesentlichstes Mittel der Menschwerdung“ (Spranger) begreift, war nur eine schwache Legitimation einer nach wie vor bestehenden Bildungssackgasse, die auch nach 1945 weiter von allgemeinen Berechtigungen und Abschlüssen abgekoppelt blieb.

(Nach: Wolf-Dietrich Greinert: „Erwerbsqualifizierung jenseits des Industrialismus“, Grundlagen der Berufs- und Erwachsenenbildung Bd. 81, Baltmannsweiler 2015; Günter Pätzold/Holger Reinisch/Manfred Wahle: „Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung“, Studientexte Basiscurriculum Berufs- und Wirtschaftspädagogik Bd. 10 2. Aufl., Baltmannsweiler 2015)

Lektüreprojekt: Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner

Aus der Diskussion der Winterschule ergab sich, dass die Diskussion um Ursachen, Verlauf und Folgen des Großen Krieges im Zusammenhang der aktuellen Trends zur Militarisierung von Außenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen steht und mit der Sichtung aktueller friedenspolitischer Strategien verbunden werden sollte.
Die Planung der Lektüre aktueller bzw. zeitgenössischen Arbeiten zur Zeit des Großen Kriegs wird in den nächsten Monaten abgeschlossen. Für die Anmeldung von Lektüreberichten wurde eine Schema entwickelt, siehe nebenstehende Tabelle.
Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit den Politischen Berichten (Redaktionsbereich Diskussion und Dokumentation) betrieben.

Bei der Jahrestagung des *Vereins für politischen Bildung, Linke Kritik und Kommunikation* (13./14. April in Mannheim)* ist der Sonntag, für die Erörterung des Themas „Militarisierung der Außenpolitik und der Wirtschaftsbeziehungen – Gegenstrategien“ vorgesehen.

Dabei kann die Planung des Lektüreprojekts vorgestellt und abgerundet werden.

Die Publikation des Arbeitsergebnisse ist in der zweiten Jahreshälfte vorgesehen.

Planungs-und Arbeitsstand siehe Webseite
http://www.linkekritik.de/index.php?id=1092

Vorschläg für weitere Lektüreprojekte, am besten verbunden mit dem Angebot eines Lektüreberichts bitte an: **Andreas.Adrians@gmx.de**

Andreas Adrians, Eva Detscher,
Martin Fochler, Uli Jäckel

Die Einladung zu Jahrestagung des Vereins am 13./14. April sowie Hinweise zur Anmeldung in der März-Ausgabe der Politischen Berichte (erscheint am 14.März) sowie auf der Webseite **www.linkekritik.de**

Zakynthos, „Blumeninsel“ im ionischen Meer. Vormals bis an die Zähne gerüstet.

Vorstellung des Autors	Richard Müller (* 9.Dezember 1880 in Weira (Thüringen), † 11. Mai 1943 in Berlin), ab 1914 Branchenleiter der Berliner Dreher im gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband (DMV), Mitbegründer der „Revolutionären Betriebsobleute“, 1918/9 Vorsitzender des Berliner Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, 1922 aus der KPD ausgeschlossen
Das vorgestellte Buch – Weitere Veröffentlichungen	**Eine Geschichte der Novemberrevolution,** Neuherausgabe Oktober 2011, hier: 10.unveränderte Auflage Oktober 2017, 788 Seiten Das Rätesystem in Deutschland. In: Die Befreiung der Menschheit. Leipzig 1921
Kurze Zusammenfassung des Inhalts	In einer historischen Trilogie unter dem Titel „Vom Kaiserreich zur Republik“ zog Richard Müller 1924/5 eine Bilanz der Novemberrevolution. Er beschrieb, wie sich aus gewerkschaftlichen Streiks und den Forderungen nach einer Beendigung des Krieges eine Revolution entwickelte und scheiterte. Im Zentrum seiner Darstellung stehen die Akteure der Revolution, Soldaten und Matrosen, Arbeiter und Arbeiterinnen und die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer Räterepublik oder des Parlamentarismus. Zahlreiche zeitgenössische Dokumente illustrieren den packend erzählten Bericht von R. Müller
Begründung für die Lektüre	Bis heute wird über die Ergebnisse und Möglichkeiten der Novemberrevolution 1918/19 gestritten. Das Buch zeichnet sich dadurch aus, dass die Ereignisse von einem Metallarbeiter, einer Stimme von der Basis geschildert werden. Dieser kämpfte wie Hunderttausende anderer arbeitender Menschen gegen den Krieg und für eine Demokratie auf der Basis von Räten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden.
Bezug zum Stand der Diskussion	Die politische Stoßrichtung des Buches von Müller wird seit seinem Erscheinen von rechts wie links verworfen. Dem bürgerlichen Lager (einschließlich der Sozialdemokratie) gilt noch heute der Widerstand gegen den Ersten Weltkrieg als Landesverrat und der Rätegedanke als „Bolschewismus“. Aber auch in der KPD und späteren DDR-Geschichtsschreibung war Müllers Werk nicht willkommen, weil es nicht zur Konstruktion einer heroischen Parteigeschichte der KPD passte. Es gibt aber auch kritische Stimmen, die sich mit den Möglichkeiten und Chancen befassen, die sich aus den historischen Kampferfahrungen der Massen ergeben. Für diese ist Müllers Buch ein unverzichtbares Standardwerk.
Kontakt	Andreas.Adrians@gmx.de
Publikationsplan (Bearbeitungsstand)	Beta-Version zur Diskussion liegt vor. Ev. auch Gelegenheit zur Diskussion bei Konferenz, Treffen.

Zum Stand der Vorbereitung ArGe Sommerschule

2019 vom 8. bis 10. August 2019 in Erfurt

Bei der Sommerschule wollen wir uns mit politischen Theorien auseinandersetzen, die in den aktuellen Kämpfen um die öffentliche Meinung wirken. Dazu haben wir die folgende drei Schwerpunkte skizziert.

In der Juni-Ausgabe der Politischen Berichte (erscheinen am 27. Juni) wird eine Literaturliste, ein Gesamtprogramm für die Tagung und Informationen zur Anmeldung vorliegen.

Teil 1: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus

Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lösen im 19ten und 20ten Jahrhundert kraftvolle Bewegungen – für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung von Lebensäußerungen – aus. Sie werden von der Idee der gleichen Menschenrechte getragen. Die aktuellen identitären Bewegungen der Rechten setzen an die Stelle der Leitidee der Menschenrechte die Idee von Nation, Land und Volk und dessen Sitten. „Als wahren Gegner orten wir die Ideologie des Egalitarismus und des Universalismus“ (Martin Sellner in der Zeitschrift „Identitär!“). Sie entziehen damit der Demokratie und dem Recht – gleiches Wahlrecht und Urteil ohne Ansehen der Person – den Boden. Sie sehen sich auch als Opfer der ’68er, die die Aufarbeitung des Faschismus begonnen hatten, als solche, die sich „von ihrer Verantwortung befreiten“. Wir beschäftigen uns mit der Konstruktion „Identitär“ und den Ansätzen einer Kritik.

Teil 2: Das christliche Menschenbild und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus

Das „christliche Menschenbild“, das in den Programmen von CDU und CSU regelmäßig beschworen wird, taucht im aktuellen politischen Diskurs, z.B. bei den Kirchen, als Instrument zur Kritik des Nationalismus auf. Bezugspunkt dieser politischen Logik ist neben moralisch-ethischen Argumenten die universelle rechtliche Kategorie der „Menschenwürde“. Diese kann man aus der christlichen Tradition heraus schwerlich national begrenzen — auch wenn das oft genug versucht worden ist. Es verwundert daher nicht, dass in den konservativen Milieus diese argumentative Abgrenzung zum Nationalismus umstritten ist.

Um hier besser durchzublicken, wird es in unserem Seminar im Sommer in Erfurt erforderlich sein herauszuarbeiten, was die jeweiligen Akteure unter dem „christlichen Menschenbild“ in Geschichte und Gegenwart verstanden haben bzw. verstehen. So können wir prüfen, wie stabil und verlässlich diese Abgrenzung überhaupt ist.

Teil 3: Das politische Leitbild der Emanzipation

Kritik an Diskriminierung und Verletzungen der Menschenwürde öffnen in rechtlich geordneten und die Gleichheit proklamierenden Demokratien Räume der Lebensgestaltung, des Zusammenlebens der Geschlechter, der Generationenfolge und der Teilhabe am politischen Leben elementar durch Wahlen und Abstimmungen.

Die hierarchisch gegliederte Welt der Arbeit blendet diese Kritiken aus: wenn z.B. die Dispariät bei der Besetzung von leitenden Stellen umstritten ist, kann die Tatsache der Über- und Unterordnung weitgehend außer Acht bleiben.

Die hierarchische Organisation der Arbeit bleibt auch in den reifen Industriegesellschaften eine beständig strömende Quelle für Ungleichheit in allen Bereichen des sozialen Lebens.

Das politische Leitbild der Emanzipation ermöglicht die Ausweitung der Kritik auf den Bereich des Wirtschaftens. Quantitativ, indem eingefordert wird, dass das Arbeitsleben nicht alle Kraft des arbeitenden Menschen beanspruchen darf, sondern Zeit und Mittel für selbstbestimmte Lebensgestaltung übrig lassen bzw. gewährleisten muss.

Qualitativ, weil aus Erfordernissen des Arbeitsprozesses und der Produktivität informelle und formelle Formen von Kooperation, Kollegialität und – zur Leitung hin – Anforderungen an Partizipation entstehen.

Während das Leitbild der Emanzipation – soweit es mit Blick auf die Politik und Regelungen des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen entwickelt wurde – im Rechtsraum der Nation und den damit verbundenen sozialen Praktiken exklusiv gedacht werden kann, drängt es, sobald das Arbeitsleben einbezogen wird, auch zu internationaler Normenbildung und bietet einen Ansatz zur Völkerverständigung.

An der Vorbereitung der Sommerschule sind gegenwärtig beteiligt: Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring, Helmut Lechner, Rosemarie Steffens. Weitere Unterstützung wäre gut.